

EXTREM RECHTE AKTIVITÄTEN 2020 IM REGIERUNGSBEZIRK KÖLN



INHALT

03	1. Editorial
04	2. Rechte Akteur*innen und Aktivitäten im Regierungsbezirk Köln
	04 Lukreta
	05 »Identitäre Bewegung«
	05 Widerstand steigt auf/ Citadelle e.V.
	06 Frank Kraemer
	07 Kölner Burschenschaft Germania
	07 Reichsbürger*innen
	08 Weitere Akteur*innen
	09 NPD
	09 Die Rechte
	10 Aufbruch Leverkusen
	12 Alternative für Deutschland
	13 Junge Alternative
14	3. »Querdenker*innen« und Pandemie leugner*innen in Köln
	14 Chronik
	21 Zusammenfassend – kurzer Abriss der aktiven Akteur*innen
	22 Interview mit Dennis Pesch über sogenannte »Querdenker*innen«, »Corona-Rebellen« und Co. – ein Jahresrückblick
26	4. Drohungen, Schmierereien, Übergriffe
	26 Rechte Schmierereien und Angriffe im Regierungsbezirk Köln
	28 Drei Fragen an – Wie schätzen zivil-gesellschaft- liche Akteur*innen das Jahr 2020 ein?
32	5. Ausblick auf das Jahr 2021
33	6. Verweis auf weitere Recherchequellen
35	Impressum

EDITORIAL

Das Jahr 2020 ist vorbei. Endlich. Viele haben seinem Ende entgegengesehnt. Die Frage ist nur, wird das neue Jahr 2021 wirklich besser?

Die Covid19-Pandemie hat das Leben der Menschen weltweit verändert, wenn auch auf durchaus verschiedene Weise. Durch die Corona-Schutzverordnungen wurde das öffentliche und alltägliche Leben massiv eingeschränkt. Einige Grundrechte, wie das Versammlungsgesetz, wurden kurzzeitig eingeschränkt und kulturelle Angebote wurden runtergefahren. So musste beispielsweise das NS-Dokumentationszentrum lange Zeit geschlossen bleiben. Die Einsamkeit und häusliche Enge im Lockdown, Homeoffice und Homeschooling verschärften zwischenmenschliche und soziale Probleme, viele Menschen hatten finanzielle Sorgen, die wirtschaftlichen Folgen von Covid19 verstärkten schon bestehende sozial-ökonomische Ungleichheiten in der Gesellschaft. Die Schulen blieben geschlossen, Familien und vor allem Alleinerziehende wurden vor große Herausforderungen gestellt. Es wurde gesellschaftlich diskutiert, wer »systemrelevant« sei, und was diese Gesellschaft letztlich ausmache.

Doch nicht alle beteiligten sich gleichermaßen an der Diskussion. Welche gesellschaftlichen Teile suchten nach einer öffentlichen Debatte? Wer besetzte die Leerstelle, die sich auf einmal auftat, als die Zivilgesellschaft größtenteils zu Hause blieb und sich an die Corona-Schutzverordnungen hielt? Wer bespielte den nun erstmals leeren öffentlichen Raum mit Forderungen und Parolen? Es waren nicht die Stimmen der Risikopatient*innen, es war auch nicht die Stimme einer solidarischen Gesellschaft, die die soziale Ungleichheit in Deutschland und global thematisierte und sich dagegen wandte, dass die Krise auf Kosten der Armen »gelöst« wird. Auch die Stimmen der Menschen, die Einsicht in die Corona-Schutzmaßnahmen zeigten, wurden eher leise vernommen. In die entstehenden Leerstellen traten u.a. Impfgegner*innen, Pandemieleugner*innen, Verschwörungsgläubige und die extreme Rechte. Anhänger*innen des autoritären Staats stellten sich

plötzlich staatlichen Maßnahmen entgegen. Alte rechte Ideologien von der »Volksgesundheit«, natürlichen Selektion und Euthanasie fanden ihren neuen Ausdruck in einer Ablehnung aller Maßnahmen, die der Eindämmung der Pandemie dienen sollen. Antisemitische Verschwörungsideologien wurden auf das Virus projiziert. Und wie schon im Rahmen der »Montagsmahnwachen für den Frieden« spazieren und marschieren wieder Esoteriker*innen mit Regenbogenfahnen und Monarchist*innen mit Reichskriegsflaggen Seite an Seite gegen die Regierung. Diesen Aktivitäten wird im folgenden Jahresbericht nachgegangen und das Jahr 2020 dahingehend rekapituliert.

Dabei versuchen wir, die relevantesten rechten Akteur*innen im Regierungsbezirk Köln zu skizzieren, also dem Gebiet zwischen Leverkusen und Bonn, Aachen und Gummersbach, in dem die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus tätig ist. Daran anschließend findet eine Auseinandersetzung mit den Protesten gegen die Corona-Schutzmaßnahmen statt. Dennis Pesch gibt in einem Interview einen Überblick über sogenannte »Querdenker*innen«, »Corona-Rebellen« und Co. Schließlich werden im nächsten Kapitel rechte Schmierereien und Übergriffe des letzten Jahres benannt. Weiter kommen zivilgesellschaftliche Akteur*innen zu Wort, die sich durch die Arbeit »gegen Rechts« positionieren. Auch sie geben einen kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr. Abschließend wird ein Ausblick auf das Jahr 2021 gegeben und auf weitere aufschlussreiche Recherchergebnisse und Veröffentlichungen verwiesen.

Wir danken Rose Heuruf für die Erstellung dieser Veröffentlichung und wünschen Ihnen eine informative Lektüre.

Das Team der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln
März 2021

2. RECHTE AKTEUR*INNEN UND AKTIVITÄTEN IM REGIERUNGSBEZIRK KÖLN

Rechtsextremismus wird auch heute noch von vielen als ein »Männerphänomen« wahrgenommen. Frauen hingegen werden selten als rechte Aktivistinnen gesehen. Vielmehr werden ihnen Attribute wie Friedfertigkeit oder Unpolitisch-Sein zugeordnet. Doch auch rechte Aktivistinnen vertreten menschenverachtende Positionen und übernehmen innerhalb der rechten Szene – auch wenn sie dort immer noch sexistischer Positionierungen unterworfen sind – relevante und bedeutende Verbindungsfunctionen. Sie sind in ihrem Einfluss und ihrer politischen Tätigkeit nicht zu unterschätzen.

Ein Beispiel dafür stellt die Gruppe »Lukreta« dar. Sie gilt als Nachfolgekonzept der »120db«-Kampagne, die von Frauen der sogenannten »Identitären Bewegung« (IB) ins Leben gerufen wurde. Der Name »120 Dezibel« bezieht sich auf die Lautstärke eines handelsüblichen Taschenalarms. Auch die von »Lukreta« bespielten Inhalte sind identisch mit denen des Vorgänger*innenprojektes. So wird beispielsweise in Beiträgen im Netz und den Sozialen Medien sexualisierte Gewalt aufgegriffen, allerdings nur dann wenn der Täter nicht-Weiß und/ oder nicht-

deutsch ist. Das Thema wird ausschließlich in den Zusammenhang mit Geflüchteten und Zugewanderten gesetzt und so rassistisch instrumentalisiert. Weiter konstruiert »Lukreta« das Bild eines Täters, der im öffentlichen Raum zufällig seine »Opfer« auswählt. Dadurch wird ein öffentlicher Angstraum kreiert und die Tatsache ausgeblendet, dass die Täter von sexualisierter Gewalt häufig aus dem familiären Umfeld oder dem Bekanntenkreis der Betroffenen kommen. Eine Realität, die mit der Idee der eigentlich harmonischen »Volksgemeinschaft« kollidiert. Dem rassistisch abgewerteten Täter wird nicht die Überschreitung der Grenzen der Betroffenen, sondern die Überschreitung der Grenze zwischen »Deutschen« und »Nicht-Deutschen« angelastet.

Die Bonner Studentin Reinhild Boßdorf, ehemaliges Mitglied der IB und bei der NRW-Kommunalwahl 2020 Kandidatin der AfD in Königswinter, ist eine zentrale Akteurin von »Lukreta«. 2020 wandte sie sich vermehrt mit ihrem seit Mai bestehenden YouTube Kanal »ReinWeiblich« an die Öffentlichkeit. Dort bespielte sie unter anderem Themen wie »Warum bin ich rechts?« und »Brauchen rechte Frauen eine Quote?«. Sie trat auch im Rahmen der Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen am 29. August 2020 in Berlin in Erscheinung.

Im Jahr 2020 war »Lukreta« recht aktiv. Die Aktivistinnen stellten beispielsweise unter dem Hashtag #alllivesmatter und #femalllivesmatter Videos ins Netz und versuchten immer mal wieder Mitmach-Kampagnen zu inszenieren. So auch Anfang November, als dazu aufgerufen wurde, »aussagekräftige« Schilder zu gestalten, diese zu fotografieren, hochzuladen und an »Lukreta« zu senden. Als Beispiel wurden Sprüche wie »Schützt unsere Grenzen – Europa blutet!« vorgeschlagen. Nach momentanem Kenntnisstand nehmen an diesen Mitmach-Aktionen jedoch nur Aktivistinnen von »Lukreta« und der »Jungen Alternative« teil.



Auch das »Gedenken« der Opfer von Femiziden wird rassistisch instrumentalisiert. Für entsprechende Aktionen, die alle durch Fotos im Anschluss medial verarbeitet werden, besuchten die »Lukreta«-Aktivistinnen auch Städte außerhalb des Regierungsbezirks Köln. Zudem griffen sie Themen wie die Frauenquote und Abtreibung auf. Beides lehnen die Aktivistinnen von Lukreta vehement ab. Mitte Oktober fand auch eine Prozessbegleitung in Klagenfurt statt. Die Aktivistin Sarah berichtete hier per (Selbst-) Video über einen Prozess und besetzte auch hier sexualisierter Gewalt mit rassistischer Stereotypisierung.

»Lukreta« vernetzte sich im Jahr 2020 mit zahlreichen anderen Akteur*innen. So wurden Bezüge zu dem »Collectif-Némésis« in Frankreich hergestellt und Kontakte nach Österreich geknüpft. Hier hielt Reinhild Boßdorf Anfang August 2020 einen Vortrag mit dem Titel »Moderner Feminismus und Lukreta«, dessen Inhalt sich klar gegen feministische Forderungen und Positionen richtete. In der »Kulturfestung patriotischer Freiraum« in der Steiermark hielt Ende August auch die »Lukreta«-Aktivistin Sarah einen Workshop mit dem Inhalt »Auftritt in Social Media«. Hier wird deutlich, welche hohe Bedeutung die sozialen Netzwerke für »Lukreta« haben: all ihre Aktionen verbreiten »Lukreta« via Social Media und sorgen so für Sichtbarkeit und Reichweite.

Die bereits erwähnte »Identitäre Bewegung« war im Jahr 2020 in Köln im Vergleich zu den Vorjahren wenig präsent. Große mediale Inszenierungen fanden nicht statt. Aktivist*innen traten, wenn überhaupt, durch »Basisarbeit« vor Ort in Erscheinung. Diese zeichnete sich durch das Anbringen von Graffiti, die zum Beispiel Gedenkplakate an die Opfer des rechts-terroristischen Anschlags in Hanau überdeckten, und durch Sticker-Aktionen aus. Immer wieder fanden sich Aufkleber der IB im Bereich Königsforst oder im Umfeld des Autonomen Zentrums in Köln. Eine Ausnahme bildeten jedoch die Aktionen gegen den WDR anlässlich des »Umweltsau«-Videos Anfang des Jahres 2020. Darüber hinaus fanden vereinzelt Infostände wie Anfang Juli in Borken und im August auf



dem Kölner Heumarkt statt. Mitglieder der selbst ernannten »Bewegung« aus Köln und Gummersbach beteiligten sich am Infostand in Borken, während sie dem Infostand am Heumarkt scheinbar keine Beachtung schenkten. Hier waren vor allem überregionale Aktivist*innen zugegen.

Eine weitere IB-nahe Gruppierung im Regierungsbezirk Köln ist »Widerstand steigt auf«. Sie war lange Zeit mit Infoständen in Köln aktiv und agiert auch unter dem Label »Citadelle e.V.«. Im Jahr 2020 verfolgte »Citadelle e.V.« vor allem ein Konzept unter dem Titel »Heimat erwandern«. Hier wird gemeinsam die »Heimat erwandert«, mit im Gepäck sind



Ausgaben des Grundgesetzes oder schwarze sowie rote und gelbe Luftballons. Als Ausflugsziele dienten beispielsweise die Wupper oder das Kloster Heisterbach in Bonn. Weiter beteiligten sich Mitglieder von »Widerstand steigt auf« bzw. »Citadelle e.V.« an Protesten gegen die Corona-Schutzmaßnahmen. Diese Unterstützung beschränkte sich nicht nur auf den lokalen Raum Köln und Umgebung. So fuhren Aktivist*innen beispielsweise am 29. August 2020 zu den Protesten nach Berlin. Darüber hinaus rief »Citadelle e.V.« Sympathisant*innen dazu auf, sich während der NRW-Kommunalwahl als Wahlbeobachter*innen zu engagieren. Ansonsten waren die Aktivitäten der Gruppe(n) im Jahr 2020 auf wenige Events beschränkt. So nahm Ulrike H., einer der Köpfe der Gruppe, am 10. Oktober an der zweiten Konferenz der freien Medien, organisiert von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, teil, um nach Eigenangaben die Möglichkeit der Vernetzung zu nutzen.

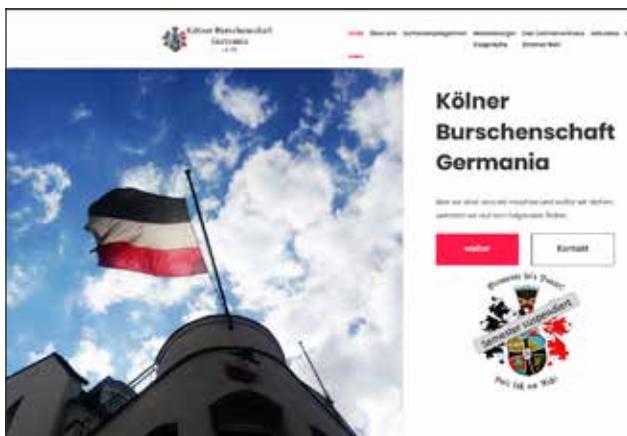
Nach wie vor eine »Szenegröße« stellt der Neonazi **Frank Kraemer** dar. Kraemer kommt aus dem Rhein-Sieg-Kreis, war und ist in verschiedenen neonazistischen Projekten aktiv, betreibt einen rechtsextremen Versandhandel und ist Mitglied der rechtsextremen Band »Stahlgewitter«. Kraemer betreibt mehrere Medienprojekte, wobei er im Rahmen von »Multi-kulti trifft Nationalismus« mit dem »Lifestyler« und »Querdenken«-Moderator Nana Domena zusammenarbeitet. Anfang Juli nahm sich NPD-Bundesvorsitzender Frank Franz den Videos der beiden an und veröffentlichte eine von ihm kommentierte Variante.



Mit seinen Videos, Podcast und Co. genießt Kraemer Anerkennung in der rechten Szene. Seine Reichweite nutzt er, neben der Verbreitung von Propaganda, als Werbefläche für seinen Versandhandel. Kraemers Steckenpferd ist die von Seiten der »Neuen Rechten« vielfältig propagierte Metapolitik, also der Versuch über einen »Kulturkampf« gesellschaftliche Diskussionen zu verschieben und zu bestimmen. So nahm er beispielsweise Anfang Oktober 2020 am 16. Leser*innentreffen von »Recht & Wahrheit« teil. Dort stellte er sein neues Buch »Werde unsterblich. Rechte Metapolitik als Lebensphilosophie« vor. Weiter vermarktete er im Jahr 2020 sein Medienprojekt »Der Dritte Blickwinkel«. So fand Mitte August 2020 das erste Mitstreiter*innentreffen in Leipzig statt. Nach Eigenangaben folgten knapp dreißig Personen dieser Einladung.

Auch Kraemer kommt an dem Thema Covid19 nicht vorbei. So veröffentlichte er am 8. Mai ein neues Video mit Nana Domena unter dem Motto »Corona-Spezial 2020«. Hier wird unter anderem eine vermeintliche »Impfpflicht« erwähnt und Bill Gates als Profiteur der Pandemie ausgemacht. Weiter grüßte er Anfang Oktober 2020 den Verschwörungs-ideologen Attila Hildmann auf Facebook und zog Anfang September eine Parallele zwischen Hexen und Corona-Skeptiker*innen. Letztere werden als »unschuldig Verfolgte« stilisiert, die einem hohen Maß an Repression ausgesetzt seien. (Eine Einordnung der Proteste gegen Corona-Schutzmaßnahmen auf S. 14) Weiter verbreitete er die Erzählung einer Impfdiktatur.





Kommt in Wissenschaft und Politik das Thema Burschenschaft und Rechtsextremismus zur Sprache, wird immer der Dachverband »Deutsche Burschenschaft« (DB) erwähnt. Diesem gehört auch die Kölner »Burschenschaft Germania« an. Das Sommer- und Wintersemester 2020 über fanden zwar keine öffentlichen Veranstaltungen im Burschenschaftshaus statt, die »Germania« machte dennoch von sich Reden. Ende August 2020 beteiligten sich Mitglieder an einem antisemitisch motivierten Angriff in der Villa der »Burschenschaft Normannia zu Heidelberg«, ebenfalls im DB organisiert. Dabei wurde ein Mitglied der »Alten Leipziger Landsmannschaft Afrania«, der jüdische Vorfahren erwähnt hatte, gedemütigt und mit einem Gürtel geschlagen. Dieser brachte den Angriff zur Anzeige, es wurde ein Ermittlungsverfahren gegen acht Burschenschaftler eingeleitet. Neben Mitgliedern der Burschenschaft »Ghibellinia zu Prag in Saarbrücken« und der »Burschenschaft Normannia zu Heidelberg« waren auch Mitglieder der »Kölner Burschenschaft Germania« beteiligt. Im Rahmen weiterer Recherchen tauchte ein undatiertes Foto auf, welches Markus Prien (Mitglied der »Alten Herren« der »Normannia«) und Lars S. (Mitglied der »Burschenschaft Germania«) in den Räumlichkeiten der »Normannia« zeigt. Zu sehen ist Lars S., der einen »Hitlergruß« zeigt und Markus Prien. Es wurde ein Ermittlungsverfahren gegen Lars S. eingeleitet. Insgesamt besteht eine gute Beziehung zwischen den Burschenschaftlern der »Germania« und den »Normannia«. Nach dem Bekanntwerden des antisemitischen Angriffs teilte die »Kölner Burschenschaft Germania« vermehrt Artikel auf ihrer Facebookseite, in denen es um gefährliche Körperverletzungen gegen Mitglieder von Studentenverbän-

dungen ging. Offenbar wollte man sich als »Opfer« inszenieren und von dem antisemitischen Verhalten der Burschenschaft abzulenken. Die »Burschenschaft Germania« äußerte sich bisher nicht öffentlich zu dem Angriff Ende August 2020.

Auch die »Reichsbürger*innen«-Szene verhielt sich im Jahr 2020 nicht ruhig. Diese lässt sich für den Regierungsbezirk Köln nicht einheitlich beschreiben, sie ist heterogen und ideologisch diffus. So sehen Teile der Szene Gewalt als legitimes Mittel gegen Repräsentant*innen des von ihnen nicht anerkannten Staates an. Auch im Rahmen der Proteste gegen die Corona-Schutzverordnungen traten »Reichsbürger*innen« immer wieder in Erscheinung. So kam es Anfang Mai 2020 in einem Troisdorfer Supermarkt zu einer Auseinandersetzung zwischen zwei Polizist*innen und (mindestens) zwei mutmaßlichen »Reichsbürger*innen«. Anlass war die Verweigerung des Tragens eines Mund-Nasen-Schutzes. Die zwei Polizist*innen wurden verletzt, Ermittlungen wegen Körperverletzung wurden eingeleitet. Von weiteren Beteiligten wurde die Auseinandersetzung gefilmt, um sie danach ins Internet zu stellen. Es scheint, als wäre die Auseinandersetzung absichtlich provoziert und geplant worden. Ende Juli 2020 wurde ein Restaurant in Bergisch Gladbach kurz vor der geplanten Wiedereröffnung aufgrund einer fehlenden behördlichen Genehmigung durch die Polizei und das Ordnungsamt dicht gemacht. Das Restaurant hatte sich einer Vereinigung namens »NeuDeutschland« bzw. »Königreich Deutschland« (KRD) angeschlossen und wäre wohl ein Treffpunkt von »Reichsbürger*innen« geworden – auch wenn nach Eigenangaben auf Facebook »der noch Kleinstaat [...] NICHTS mit den Reichsbürgern oder rechten Szene, oder sonstigen unethischen Dingen zu tun!!!!« habe. Diesem Distanzierungsversuch folgten Bezüge zur göttlichen Ordnung, den Medien, die bewusst Lügen verbreiten würden und der »höheren Instanz«, die »alles finanzieren« würde. Trotz des Einsatzes des Ordnungsamtes bewarb die Besitzerin des Restaurants, die unter anderem auch Anhängerin der »Q-Bewegung« ist, für den Folgetag eine Veranstaltung mit Peter

Fitzke, der sich selbst als »König von Deutschland« bezeichnet. Weiter verkündete sie, dass vor Ort keine »Zwangsmassnahmen der BRD (Maskepflicht etc.)« gelten würden. Die geplante Veranstaltung fand nicht statt und das »zweite Gemeinwohl-Restaurant« des »Reichsbürgerkönigreichs« blieb geschlossen. Im September 2020 griff eine »Reichsbürgerin« in Köln zwei Polizist*innen an, die im Auftrag einer Gerichtsvollzieherin Strom und Gas des Hauses abstellen sollten. Ihr 20-jähriger Sohn, der eine Gaspistole mit sich führte, bedrohte die Polizist*innen mit einem Teleskopschlagstock. Für die Dauer der Maßnahme wurden Sohn und Mutter in Gewahrsam genommen. Ebenfalls Anfang September 2020 kam es in Gummersbach zu einer Razzia mit »Reichsbürgerbezügen«. Mehrere Häuser wurden wegen des Verdachts auf einen Verstoß gegen das Betäubungs- und Waffengesetz durchsucht. In Gummersbach-Windhagen wurden Waffen gefunden – genau in dem gleichen Haus, das bereits im März 2020 aufgrund von Ermittlungen im »Reichsbürgermillieu« durchsucht wurde.

Darüber hinaus gibt es weitere mehr oder weniger aktive rechte Zusammenhänge, die in dieser Aufzählung nicht auftauchen. So existieren zahlreiche rechte Telegram- und Facebook-Gruppen von und mit rechten Akteur*innen aus dem Regierungsbezirk Köln. Die Gruppe »**Volkslehrer Freundeskreis Köln**« stellt hier nur ein Beispiel dar. Sie unterstützt Nikolai Nerling, der über seinen YouTube-Kanal als »Volkslehrer« Fake News, Holocaustrelativierungen und rechtsextreme Propaganda verbreitet. Als Köln-spezifisch kann auch die Telegram-Gruppe »**Patrioten in Köln**« angeführt werden.

Erwähnung finden müssen jedoch Gruppierungen aus dem Neonazismus und den sogenannten Mischszene wie »**Internationale Kölsche Mitte**« beziehungsweise »**Begleitschutz Köln**«. Ihre Mitgliederstärke beläuft sich auf einen niedrigen zweistelligen Personenkreis und weist Kontakte in die Kölner Hooligan-, Rocker- und Türsteherszene auf. Überwiegend setzt sich die Gruppe aus Männern im Alter



zwischen 30 und 50 Jahren zusammen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass nicht auch Frauen dazu gehören. Zwar war der »**Begleitschutz Köln**« im Jahr 2020 weniger aktiv als noch zwei Jahre zuvor, dennoch machte sie Anfang Juli 2020 von sich reden. Oder besser gesagt, der mit dem Begleitschutz in Verbindung stehende Imbiss »**Fressbud am Eigelstein**«. Er diente bereits häufiger als Sammelstelle für Teilnehmer*innen von Neonazidemonstrationen in Köln. Am 1. Juli 2020 tönte aus dem Imbiss die erste Strophe des Deutschlandliedes, die von dem mutmaßlichen Betreiber des Imbisses laut mitgesungen wurde. Als sich eine vorbeigehende Person beschwerte, reagierte er mit »**Sieg Heil**«-Rufen und dem Zeigen des »**Hitler-Grußes**«. Darüber hinaus waren im Jahr 2020 Personen aus dem Umfeld des »**Begleitschutz Köln**« bei diversen Veranstaltungen wie einer Mahnwache in Düsseldorf oder einer Biker*innendemonstration in Essen vertreten.

Seit März 2019 ist der neonazistische »**III. Weg**« mit einem »**Stützpunkt Rheinland**« in Leverkusen vertreten. Öffentlich in Erscheinung trat die Kleinstpartei jedoch vermehrt in Siegen (Regierungsbezirk Arnsberg), wo sie am 6. Juli 2020 ein Parteibüro eröffnete.

Die ebenfalls kleine neonazistische Gruppe »**Köln für deutschen Sozialismus**« war im Jahr 2020 noch weniger präsent als im Jahr davor. Einzelne Gruppenmitglieder tauchten hin und wieder bei Protesten

gegen die Corona-Schutzverordnungen in Köln auf, so z.B. der Neonazi Jan Fartas und Thomas Breuer, Bruder des verstorbenen Neonazis Paul Breuer. Gleicher lässt sich für das im Aachener Raum agierende »Syndikat 52« leider nicht behaupten. Das »Syndikat« kann als Nachfolgeorganisation der 2012 vom NRW-Innenministerium verbotenen »Kameradschaft Aachener Land« betrachtet werden. Die Mitglieder des »Syndikat 52« führten am Pfingstwochenende eine »Kulturwanderung« rund um die »NS Ordensburg Vogelsang« durch. Außerdem waren Mitglieder des »Syndikats« auch an gewalttätigen Übergriffen beteiligt.

Im Jahr 2020 wurde das »Autonome Zentrum« (AZ) in Aachen vermehrt angegriffen. Am 23. August 2020 jährte sich das Verbot der »Kameradschaft Aachener Land« zum 8. Mal. An diesem Tag wurden unter anderem das Kürzel »KAL« in das Holz des verbarrikadierten Fensters des AZ geritzt. Am 19. August war es dort bereits zu einer Sachbeschädigung gekommen. Parallel zu einer Gedenkveranstaltung an die Toten in Hanau wurden die Scheiben der Eingangstüre mit einem harten Gegenstand attackiert. Auch kleine Sachbeschädigungen am »Autonomen Zentrum«, wie ein zerstörter Briefkasten oder eine zerstörte Klingel, stellen keine Ausnahme mehr da. Ebenso sind gemalte Hakenkreuze oder das Auftauchen von rechten Stickern eher zur Regel geworden. Zudem gab es zahlreiche Bedrohungen und Angriffsversuchen von Neonazis in der Aachener Innenstadt sowie in Burtscheid, im Frankenberger Viertel oder am Aachener Hauptbahnhof.

Neonazistische und extrem rechte Parteien

Die »Nationaldemokratische Partei Deutschland« (NPD) verschwindet im Regierungsbezirk Köln geradezu in der Bedeutungslosigkeit. Bei der NRW-Kommunalwahl 2020 erreichte sie ein Ergebnis von unter 0,1 Prozent; alleinig im Kreis Heinsberg fielen die Ergebnisse höher aus. Auch im Netz war die Partei so gut wie gar nicht mehr präsent. Lediglich ihre Internetdemonstration am 26. April 2020 fand Beachtung. Unter dem Motto »#SystemExit« schloss sich die NPD mit der Partei »Die Rechte« zusammen. Durch Covid19 erhofften sich die Parteien eine höhere Reichweite, da sie davon ausgingen, dass die Menschen mehr Zeit zu Hause und somit im Internet verbringen würden. Die Demonstration erwies sich jedoch als Flop, der Hashtag wurde von Gegner*innen frühzeitig besetzt und die vereinzelten rechten Post gingen somit unter. Ähnlich wie der Kölner NPD erging es auch den »Republikanern«, die aktuell über keine nennenswerten Strukturen im Regierungsbezirk Köln verfügen.

Anders sieht es bei der Partei »Die Rechte« (DR) aus. Der DR-Kreisverband Rhein-Erft stellt eine der aktivsten Organisationen im neonazistischen Milieu im Regierungsbezirk Köln dar. Im Rahmen der Kommunalwahl 2020 und der Kandidatur des Kreisvorsitzenden Markus Walter zur Wahl des Bürgermeisters der Stadt Kerpen kam es zu Kundgebungen und dem Verteilen von Flugblättern. Walter konnte einen Stimmenanteil von 3,03% insgesamt 796 absolute Stimmen für sich verzeichnen. Seine Wahlstrategie lag vor allem darin, sich als jüngster Bürgermeister-Kandidat in Szene zu setzen. Unter anderem setzte er dabei auf das Thema Digitalisierung und betonte seinen »gesunden Patriotismus«. Ein Hauptaugenmerk der Partei lag im Jahr 2020 darauf, sich an den Protesten gegen die Corona-Schutzverordnungen zu beteiligen. Anfang Mai 2020 kündigte der Bundesvorstand von DR an, erst einmal keine eigenen Veranstaltungen zum Themenkomplex Corona durchzuführen. Stattdessen sollte sich an den zahlreich statt-



findenden Protesten angeschlossen und dort eigene Akzente gesetzt werden. Jedoch solle darauf geachtet werden, dass diese Veranstaltungen keine Demonstrationen des »Nationalen Widerstandes« seien. Nicht alle, die sich an den Protesten beteiligten, seien für nationalistische Positionen offen. Am 16. Mai folgte »Die Rechte Rhein-Erft« dem Aufruf und nahm an entsprechenden Protesten in Köln und Dortmund teil. Auch der Protest am 6. Dezember 2020 in Düsseldorf wurde unterstützt. Solche Aktionen beschränkten sich jedoch nicht nur auf NRW. Mitglieder von DR, wie beispielsweise Markus Walter, nahmen auch an der »Querdenken«-Demonstration am 7. November 2020 in Leipzig oder an Demonstrationen in Berlin teil. Mitte Dezember 2020 wurden in Kerpen durch Mitglieder der Partei Flugblätter verteilt mit der Aufforderung, sich den Protesten gegen die Corona-Schutzmaßnahmen anzuschließen. Ansonsten schien »Die Rechte« im Jahr 2020 damit beschäftigt, ihre Finanzierung zu sichern. So wurde auf ihrer Internetseite mehrmals um Spenden gebeten, einerseits im Rahmen des Wahlkampfes von Walter und andererseits um den »politischen Kampf« unter Inkaufnahme von Repression weiterzuführen. Darüber hinaus rief »Die Rechte Rhein-Erft« erneut zum jährlich stattfindenden »Totengedenken« in Remagen auf. Trotz fehlender öffentlicher Mobilisierung im Vorfeld fanden sich am 14. November 2020 bis zu 60 Teilnehmer*innen aus der extrem rechten Szene in Remagen ein. Zum 12. Mal in Folge versuchten sie einen Opfermythos zu konstruieren und glorifizierten Wehrmachtssoldaten, Mitglieder der Hitlerjugend und der Wa-

fen-SS. Das Totengedenken wurde dieses Jahr von dem Düsseldorfer Manfred Breidbach durchgeführt. Vor Ort waren neben Mitgliedern von DR auch wieder Aktivist*innen aus Köln, so z.B. Cindy Kettelhut und Samy Musarie.

Ebenfalls aktiv war der »Aufbruch Leverkusen«, auch wenn sein Wirkungskreis begrenzt blieb. Der »Aufbruch« kann als eine Art Nachfolgeorganisation von »pro NRW« für die Stadt Leverkusen angesehen werden – nicht zuletzt, weil bis zu den Neuwahlen Ende Oktober 2020 Markus Beisicht den Vorsitz der Partei innehatte, der diesen Posten zuvor auch bei »ProNRW« besetzte hatte. Ende Oktober 2020 wurde Winfried Kranz zum neuen Vorsitzenden der Partei gewählt, auch er hat wie Beisicht eine Vorgeschichte bei einer anderen Partei: Kranz ist ehemaliger Leverkusener AfD-Landtagskandidat. Vereinzelt distanzierte sich der »Aufbruch« von der »Alternative für Deutschland«, wie Mitte November 2020, als er die Vermutung äußerte, die Leverkusener AfD könnte eine »Mogelpackung« sein. Hierdurch wurde der Versuch unternommen, sich als einzige »volksnahe« wählbare Partei in Leverkusen zu inszenieren. Die Kommunalwahl 2020 stellte für den »Aufbruch Leverkusen« ein zentrales Ereignis dar. Die Partei erreichte mit 1,4% Prozent der Stimmen einen Sitz im Rat und ist mit der Untergruppierung »Aufbruch



«Leverkusen/Migrantenliste» im Integrationsrat vertreten. Seit Besicht im Oktober 2019 intern zum Oberbürgermeisterkandidaten für Leverkusen bestimmt wurde, konnten beinahe jedes Wochenende Aktionen und Aktivitäten des »Aufbruch Leverkusen« beobachtet werden.

So kam es vermehrt zu Verteilaktionen von Zeitschriften des »Aufbruchs«, die auch ihren Weg in zahlreiche Briefkästen fanden. Die zahlreichen Infostände in der Stadt wurden unter anderem von Markus Beisicht, Susanne Kutzner (Ratsfrau und Schatzmeisterin des »Aufbruch Leverkusen«), Pietro Cerrone (seit 2020 gewähltes Mitglied des Leverkusener Integrationsrates und Besitzer des »Aufbruchs«) und André Poggenburg (ehemaliger Landesvorsitzender der AfD in Sachsen-Anhalt) betreut. Poggenburg steht symbolisch dafür, dass der »Aufbruch Leverkusen« über die Stadtgrenze hinaus mit rechten Akteur*innen vernetzt ist.

Neben Infoständen fanden auch vereinzelte Stammstische und Bürger*innengespräche statt. Während des Wahlkampfes machte der »Aufbruch« durch seine rassistische und antimuslimische Hetze auf sich aufmerksam. Diese zeigte sich auch bei Demonstrationen wie am 23. Mai 2020, die unter dem Motto »Grundgesetz statt Scharia« durchgeführt wurde. Dort traten Doris von Sayn-Wittgenstein (Landtagsabgeordnete in Schleswig-Holstein/ hat u.a. für einen rechtsextremen Verein von Holocaustleugner*innen Werbung gemacht), Edwin Wagensveld (Sprecher von »Pegida Netherlands«) und Stephanie von Laak (»NRW stellt sich quer«) als Redner*innen auf. Um die Proteste rund um die Corona-Schutzmaßnahmen miteinzubeziehen wurde das Motto »Ja zum Grundgesetz« ebenfalls für die Mobilisierung verwendet. Rund 60 Teilnehmer*innen fanden sich schließlich zu dem als »politisch inkorrekt« angekündigten Spaziergang ein. Anlass war der Bau einer Moschee in Manfort. Ein Großteil der Teilnehmer*innen reiste von auswärts an und auch die noch recht jungen Aktivist*innen der neurechten Gruppierung »Defensive West MG« aus Mönchengladbach unterstützten die Demonstration. Eine weitere Demon-

stration fand am 5. September 2020 unter dem Motto »Kurswechsel in der Leverkusener Kommunalpolitik! Für ein besseres Leverkusen, Altparteien auf die Ersatzbank!« statt. Die Resonanz fiel verhalten aus. Es fanden sich nur ca. 15 Teilnehmer*innen ein, unter ihnen Kevin S. (Kopf von »Pegida NRW«) aus Duisburg. Das Thema Covid19 ging auch am »Aufbruch Leverkusen« nicht vorbei. So rief die Partei beispielsweise am 6. November 2020 dazu auf, sich den Protesten von »Querdenken« in Leipzig anzuschließen, um den »übertriebenen Corona Zwangsmaßnahmen« entgegenzutreten. Auch als »Querdenker*innen« am 20. November 2020 in Leverkusen demonstrierten, mobilisierte der »Aufbruch« zu dem Protest. Allgemein verwendete der »Aufbruch Leverkusen« in Bezug zu Covid19 gängige rechte Rhetorik. Die Rede war von einem »neuen Ermächtigungsgesetz« und es wurde die Befürchtung geäußert, dass der »freiheitliche Rechtsstaat« zu einem »zentralgewaltigen Linksstaat« »mutiere«. Wenn nichts geschehe, werde man in einer Diktatur aufwachen. Die politische Positionierung des »Aufbruchs« zeigt sich auch in ihrem am 9. November 2020 verfassten Post: »Ein Tag der auch heute Mut und Hoffnung machen kann! (DeutschlandfahnenEmoji)«. Hier wird ein positiver Bezug auf den Jahrestag des Mauерfalls genommen und der »Aufbruch« inszeniert sich erneut als »volksnahe« Partei, die die Stimme des »Volkes« vertritt. Gleichzeitig wird der Jahrestag des Pogroms gegen die jüdische Bevölkerung im NS-Staat, der sich zum 82. Mal jährte, ignoriert. Mit dem Pogrom setzte 1938 eine neue Welle der Verfolgung gegen jüdische Menschen ein, welche mit der Ermordung der deutschen und europäischen Juden und Jüdinnen endete.

Wie auch bei anderen Spektren der extremen Rechten wird nicht die Faktizität des Nationalsozialismus in Frage gestellt, sondern die gesellschaftliche, politische und pädagogische Auseinandersetzung damit. Dies betrifft insbesondere die Aspekte, in denen ein Erinnern privatisiert und damit entpolitisert wird. Während sich beim »Aufbruch Leverkusen« so gut wie keine Beiträge auf die Opfer der NS-Verfolgung

beziehen, finden in den Postings vornehmlich Daten oder Ereignisse Erwähnung, die sich mit den »Opfern des deutschen Volkes« in Verbindung bringen lassen oder die dazu angetan sind, eine »positive Identifizierung mit der deutschen Nation« im Sinne der extremen Rechten herzustellen.



Die »Alternative für Deutschland« (AfD) ist und bleibt die relevanteste Größe im Bereich der Rechtsaußenparteien. Anfang 2020 stufte der Verfassungsschutz »den Flügel« der AfD als »Verdachtsfall« und später als offen rechtsextrem ein. Andere Lager der AfD, beispielsweise rund um den Bundesvorsitzenden Jörg Meuthen, versuchen sich seither an einer inhaltlichen

wie personellen Distanzierung vom mittlerweile aufgelösten »Flügel«. Das Jahr 2020 war für die AfD geprägt von parteiinternen Unstimmigkeiten und Lagerkämpfen. Diese wurden in den Kreisverbänden der AfD in Köln und im Kölner Umland nicht immer deutlich sichtbar. So hält sich der Kreisverband Köln mit einer eindeutigen Positionierung zurück. Die Kölner AfD trat im Jahr 2020 vor allem im Rahmen der nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen in Erscheinung. Sie machte durch Plakate, vereinzelte Diskussionsveranstaltungen und zahlreiche Wahl- und Informationsstände auf sich aufmerksam. Letz-

tere wurden stets durch zahlreiche Gegenaktionen begleitet. In einem Fall kam es zu körperlichen Auseinandersetzungen mit Protestierenden. Die Kölner AfD verkündete am 13. September 2020 auf ihrem – ansonsten nicht besonders intensiv bespielten – Telegram-Kanal, dass erste Hinweise auf Wahlhelfer der Antifa vorlägen und deutete damit an, dass sich der geringe Stimmenanteil für die AfD auf Wahlbetrug zurückführen ließe. Im Regierungsbezirk Köln lag die AfD mit ihren Ergebnissen der Kommunalwahl in fast allen Städten und Kreisen unter ihren Erwartungen und dies, obwohl sie die einzige nennenswerte rechte Partei im Raum Köln darstellt und somit die gesamten Stimmen des extrem rechten Lagers auf sich vereinigen kann. In Köln erhielt die AfD insgesamt 4,4% der Stimmen, was im Gegensatz zur Kommunalwahl 2014 einen Stimmenzuwachs von 0,8% darstellte. Die vier Sitze im Kölner Rat wurden von dem Oberbürgermeisterkandidat und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Christer Cremer, Sven Tritschler (MdL), Stephan Boyens (Fraktionsvorsitzender) und Matthias Büschges (Fraktionsgeschäftsführer) besetzt¹.

Auf Landesebene versuchte die AfD vermehrt die Thematik Linksextremismus auf die Agenda zu setzen. So wurden Anträge wie »Auf dem linken Auge blind: Der Verfassungsschutz darf reziproke Bezüge zwischen Grüner Jugend, den Jusos und dem Phänomenbereich des Linksextremismus nicht weiter ignorieren!« im Landtag NRW eingereicht. Am 4. November 2020 kam es zur Wiederaufnahme eines Prozesses wegen Fahrerflucht, schwerer Körperverletzung und gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr vor dem Kölner Amtsgericht. Im April 2019 wurde ein Gegendemonstrant nach einer AfD-Veranstaltung im Kalker Bürger*innenhaus mit einem Auto umfahren. Er erlitt Verletzungen an beiden Knien. Anfang November 2020 musste sich schließlich Felix Alexander Cassel vor dem Kölner Gericht verantworten.

¹ Eine detailliertere Wahlanalyse über die extrem rechten und rechtspopulistischen Parteien im Regierungsbezirk Köln in der Kommunalwahl 2020 finden Sie unter <https://www.mbr-koeln.de/wp-content/uploads/2020/10/Wahlanalyse2020RBK%C3%B6ln.pdf>

Der 24-jährige Jurastudent war erst kurz zuvor als Schatzmeister in den neuen Vorstand der »Jungen Alternativen NRW« gewählt worden. Weiter besetzt Cassel den Posten des stellvertretenden Sprechers der AfD Bonn und der »Jungen Alternative Köln«. Zudem ist er in der pflichtschlagenden Bonner Burschenschaft »Frankonia« aktiv, die unter dem Wahlspruch »Freiheit – Ehre – Vaterland« agiert. Anfang April erlangte das »Nachrichten«-Portal »Fritzfeed« (später »Flinkfeed«) große mediale Aufmerksamkeit. Das Portal richtet sich mit seiner professionellen und hippen Aufmachung vor allem an junge Leute. Nach einer Recherche von »bento« und »netzpolitik.org« ist es eng mit der »Identitären Bewegung« und der AfD verbunden.

Um die Jugendorganisation der AfD in Köln, der »Jungen Alternative« (JA), ist es im Jahr 2020 insgesamt sehr ruhig geworden. Ihre Internetpräsenz blieb deutlich hinter der ihres Landesverbandes zurück. Auch im Rahmen des Wahlkampfes rund um die Kommunalwahl 2020 trat sie wenig in Erscheinung. Zwar bewarb die JA Köln für Mitte August ein »Wahlkampfkommando«, doch dieses erwies sich als Flop. Geplant waren Flyeraktionen und Infostände um dem Wahlkampf der AfD im Raum Köln/Bonn aktiv zuzuarbeiten. Unterstützung bekam sie dabei von der JA Rheinland-Pfalz. Um die 20 Personen, unter ihnen Marie-Thérèse Kaiser, Nils Hartwig und Reinhard Krasson (AfD Spitzenkandidat in Porz), bildeten mit

mehreren Autos und zwei Kleinbussen am 15. August 2020 das »Wahlkampfkommando«.

Es wurden Stationen in Bergheim, Pulheim sowie in Chorweiler eingelegt. In Porz kam es zu einer sexistischen Beleidigung und zu körperlichen Übergriffen auf Gegendemonstrant*innen – mehrere AfD-Mitglieder bekamen eine Anzeige wegen Körperverletzung. Letztlich wurde die »Wahltour« nach wenigen kurzen Stopps im Kölner Stadtgebiet beendet. Auch die geplante Weiterfahrt nach Bonn wurde nicht mehr angetreten. Auffällig ist, dass die JA NRW hier die Hauptorganisation übernommen hat und nicht etwa die JA Köln. Auch wurde die »Wahlkampftour« vonseiten der JA NRW medial deutlich aktiver begleitet, als es auf der Facebook-Seite der JA Köln der Fall war. Erwähnenswert ist auch das am 21. Juli 2020 von der JA NRW und der JA Arnsberg veröffentlichte Video unter dem Titel »Good Bye Lenin!«, das in seiner Aufmachung an die Propagandavideos der sogenannten »Identitären Bewegung« erinnert. Es zeigt eine in Gelsenkirchen durchgeführte Transparent-Aktion, die sich gegen die von der »Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschland« vor ihrem Parteibüro aufgestellten Lenin-Statue richtete. Gegen Ende des Videos wird der Bildschirm schwarz. Dann erscheinen Flammen, welche das Logo der JA freigeben. Anschließend wird der Schriftzug »Schließ dich uns an!« gefolgt von »Es geht um deine Heimat!« eingeblendet. Das Video wurde von der Kölner AfD mit dem Post »Nie wieder Kommunismus!« kommentiert. Ende des Jahres 2020 kündigte die JA Köln an, dass es im neuen Jahr »Spaß, Bildung und Politik mit verschiedensten Aktionen« im Kölner Bezirksverband geben werde. Ob sich diese Ankündigung bewahrheitet, bleibt abzuwarten. Im Gegensatz dazu gibt Carlo Clemens (Landessprecher der JA NRW und Mitglied im Rat der Stadt Bergisch Gladbach) einen detaillierteren Ausblick auf das Jahr 2021 und kündigt für die anstehenden Wahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Thüringen und Sachsen-Anhalt und die Bundestagswahl 2021 Unterstützung der JA für die Wahlkämpfe an. Darüber hinaus kündigt er Stammtische und regelmäßige Podcasts an.



3. QUERDENKER*INNEN UND PANDEMIELEUGNER*INNEN IN KÖLN



Im Jahr 2020 wirbelte die Covid19-Pandemie mit den einhergehenden Corona-Schutzverordnungen das alltägliche Leben durcheinander. Sowohl wirtschaftliche als auch soziale Problemlagen wurden sichtbar und werden auch weiterhin sichtbar bleiben. Dies führte zu einer großen Unsicherheit in Politik und Bevölkerung. Ein kleiner, aber bisher sehr lautstarker Teil der Bevölkerung trug im Jahr 2020 seine Ablehnung gegen jegliche Corona-Schutzmaßnahmen auf die Straßen. In den Protesten verbanden sich ganz unterschiedliche Milieus. In Köln waren schon im Mai 2020 bei den ersten größeren Protestveranstaltungen Parolen wie »Wir sind das Volk« und »Merkel muss weg« neben »Corona ist eine Lüge« vernehmbar. Im Folgenden wird der Verlauf der Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen in Köln ausschnittsweise und beispielhaft skizziert. Weitere Informationen dazu hat die Mobile Beratung auf ihrer Internetseite www.mbr-koeln.de und im monatlichen Newsletter der ibs veröffentlicht. Sichtbar wurde der Protest erstmals mit Aktionen wie »Spazieren mit dem Grundgesetz« am 05. April 2020. Hier gingen Menschen um Jörg Berchem und »Deutschland sucht das Grundgesetz« (dsdg.org) mit dem Grundgesetz

spazieren und verteilten dieses an Passant*innen. In veröffentlichten Videos wurde sich vermehrt auf Artikel 20 [Widerstandsrecht] des Grundgesetzes bezogen, auch wenn dieser falsch ausgelegt wurde. »dsdg.org« trat seit dem als Organisatorin von Protesten gegen die Corona-Schutzverordnungen auf. In den folgenden Wochen kam es regelmäßig sonntags zu weiteren Verteilaktionen und Spaziergängen. Hier bewegte sich der Zulauf zwischen 20 und 30 Teilnehmer*innen. In diesem Rahmen trat Johanne Liesegang in die Öffentlichkeit. Liesegang besuchte das ganze Jahr über Proteste, die sich gegen die Corona-Schutzmaßnahmen richten. Sie bezeichnetet sich selbst als Herz-Coach und Auraleserin und betreibt zahlreiche Telegram-Gruppen sowie einen eigenen YouTube-Kanal. Sie interviewte beispielsweise Jörg Berchem, auch »Jay« genannt, wobei Themen wie die WHO, die Pharmaindustrie und der »Tiefenstaat« besprochen wurden. Am **19. April** trafen Impfgegner*innen, Anhänger*innen von Verschwörungserzählungen und rechte Akteure*innen erneut zusammen, um »das Grundgesetz gegen die Corona-Auflagen zu verteidigen«. Mit dabei waren u.a. Teilnehmer*innen der »Umweltsau«-Demonstration vor dem WDR im Dezember 2019 und Januar 2020.



Am 09. Mai 2020 fand eine unangemeldete Demonstration von bis zu 500 Teilnehmer*innen durch die Kölner Innenstadt statt. Weder wurde der Mindestabstand eingehalten, noch trugen die Demonstrant*innen einen Mund-Nasen-Schutz. Passant*innen wurden dazu aufgerufen, die Geschäfte ohne Maske zu betreten und Transparente mit Aufschriften wie »Erhebt euch«, »Panik-Politik stoppen« und »Wir wollen unser Leben zurück« wurden mitgeführt. Die Teilnehmer*innen ließen sich sowohl dem bürgerlich-konservativen Spektrum zuordnen, als auch dem linken oder rechten Milieu. In dieser Zeit etablierte sich eine von da an regelmäßig stattfindende Menschenkette gegenüber des Musical-Doms am Rhein. Diese wurde unter anderem von Dea Heibel unter dem Label »Querdenken 221« beworben, die eine führende Rolle in der Organisation und Vernetzung der Gruppe einnimmt, z.B. via Telegram. Ziel der Menschenkette sei es laut den Organisator*innen, für die Grundrechte unter Corona einzustehen. Die »flüsternde Mahnwache für die artgerechte Menschenhaltung!«, die ebenfalls montags abgehalten wurde, etablierte sich etwa zeitgleich. Nach mehreren Protesten gegen die Corona-Schutzmaßnahmen organisierte »Köln gegen Rechts« am



16. Mai 2020 eine Kundgebung »Gegen Verschwörungsideologien und Antisemitismus – Gegen den Abbau von Grundrechten«. Auf der anderen Seite des Roncalliplatzes versammelten sich Teilnehmer*innen zu einer unangemeldeten Meditation, die sich gegen die Corona-Schutzmaßnahmen richtete. Mit dabei waren neben Esoteriker*innen und Impfgegner*innen auch Mitglieder von »Widerstand steigt auf« und »Die Rechte«, wie Andreas Schick und Manuela Schoop. Unter den Teilnehmenden fand sich auch Lisa Heitzmann, alias »Lisa Licentia«, eine rechte Bloggerin, welche vor Kurzem bekannt gab, aus der Szene ausgestiegen zu sein. Eine Woche später, am 23. Mai, fand die Versammlung »Köln für Freiheit und Gerechtigkeit – Grundrechte schützen« auf der Deutzer Werft statt. Neben einer Meditation und einer Kundgebung wurde eine Menschenkette über die Deutzer Brücke durchgeführt. Mehr als 300 Personen nahmen an der Veranstaltung teil, unter ihnen neben Esoteriker*innen und Kritiker*innen der Corona-Schutzmaßnahmen auch der Sprecher der Kölner AfD, Christer Cremer und der Rechtsaußen-Blogger Oliver Flesch, der in Begleitung der rechts-extremen »Bruderschaft Deutschland« unterwegs war. Ebenso waren der Blogger Kevin G. und Samy Musarie (»Begleitschutz Köln«-Umfeld) und Cindy Kettelhut (u.a. »Köln für Deutschen Sozialismus«) vor Ort. Ein Familienvater im Sträflingskostüm erregte besondere Aufmerksamkeit. Er trug ein Schild mit der Aufschrift »Maske macht frei«, neben ihm stand sein 14-jähriger Sohn mit Gasmaske. Ende

2020 wurde der Mann wegen Volksverhetzung im Sinne der Verharmlosung des Holocausts und Gleichsetzung des Holocausts mit der Corona-Krise vom Kölner Amtsgericht zu einer Geldstrafe von 200 Euro verurteilt.

Im Juli wurden von »Querdenken 221« um Dea Heibel Proteste »für Grundrechte und für das Grundgesetz« in Bornheim organisiert mit dem Ziel, sich weiter zu vernetzen und Menschen zum Mitmachen zu bewegen. Dafür wurden Angebote zum »Brunchen, Quatschen, Querdenken« wie am 19. Juli beworben. Am Samstag, den 11. Juli 2020 rief »Köln für Freiheit« zum Protest am Neumarkt auf. Diesem Ruf folgten um die 100 Teilnehmer*innen, unter anderem Ottmar Lattorf, Marc Benndorf (Pseudonym Marco Benotti/ »flüsternde Mahnwache für artgerechte Menschenhaltung und Verhältnismäßigkeit« am Aachener Weiher) und Bianca Pfaffenholz (jetzt »Köln ist aktiv«). Um 15 Uhr begann eine Kundgebung am Neumarkt, die später in eine Demonstration zum Aachener Weiher mündete. Dort fand eine Abschlusskundgebung mit noch rund 30 Teilnehmer*innen statt. Solche Protestformate zogen sich durch den gesamten Jahr 2020 und wurden später unter dem Label »Köln ist aktiv« durchgeführt. Die sonntäglichen Kundgebungen von »dsdg.org« am Heumarkt zogen sich ebenfalls durch das gesamte Jahr 2020. Diese wurden



regelmäßig von dem »Lifestyle« und Moderator Nana Domena unterstützt. Domena arbeitet im Rahmen des Medienprojekts »Multikulti trifft Nationalismus« mit Frank Kraemer (s. o.) zusammen und trat immer wieder als Hauptmoderator für »Querdenken 711« in Stuttgart auf. Die von Marc B. organisierte »flüsternde Mahnwache« diente unter anderem der Vernetzung zwischen ihm, Jörg Berchem und Domena. Die Aktionen beschränkten sich jedoch nicht nur auf Meditationen, Kundgebungen, Mahnwachen und Demonstrationen, sondern verlagerten sich auch auf das Verteilen von Flyern sowie der Zeitung »Demokratischer Widerstand«. Die Zeitungen fanden sich unter anderem in Wartezimmern, Stadtbibliotheken und Straßenbahnen wieder.

Im August fanden mehrere Demonstrationen in Berlin statt, die auch von Personen aus Köln unterstützt wurden. So fuhren neben Mitgliedern von »dsdg.org« auch Aktivist*innen um Bianca Pfaffenholz und »Köln ist aktiv« zur Demonstration am 1. August nach Berlin. Während der Kundgebung am 8. August am Kölner Neumarkt wurde vermehrt Bezug auf die Demonstration in Berlin genommen. Am 29. August erreichte der Protest gegen die Corona-Schutzmaßnahmen mit der Besetzung der Treppen vor dem Berliner Reichstag einen Höhepunkt. Um die 400 Teilnehmer*innen folgten dem Aufruf von Tamara



Kirschbaum (Heilpraktikerin, Reichsbürgerin und ehemals bei den »Gelbwesten Aachen« aktiv gewesen) und stürmten auf die Treppen. Mit darunter waren die »Corona Rebellen Düsseldorf«. Bei der Demonstration, die um die 40.000 Menschen umfasste, waren aus dem Regierungsbezirk unter anderem zugegen: Sascha V. (»Mater Spitter«), Ulrike H. (»Widerstand steigt auf«), Yennyfer Inden (u.a. rechte Medienaktivistin), Heinrich M. (»Schilder Heinz«), Dominik Roeseler (Mitbegründer »Hooligans gegen Salafisten« und »Mönchengladbach steht auf«), Manfred H. (Reichsbürger aus Duisburg), Cindy Kettelhut (»Köln für deutschen Sozialismus« und »Begleitschutz Köln«-Umfeld), Sebastian Rudolph (ein IB-naher Aktivist aus Köln), Reinhild Boßdorf (»Lukretia«), Dea Heibel (damals noch »Querdenken 221«), Johanne Liesegang, Dieter Bartsch (früher »Patriotic Opposition Europe«, jetzt »Klartext 20/21 aus der Städteregion Aachen), Andre Laaf (rechter Rapper »Primus« aus Düren) und Bianca Pfaffenholz (»Köln ist aktiv«).

Am 6. September verzeichnete die Veranstaltung von »dsdg.org« auf dem Heumarkt 100 Teilnehmer*innen, unter ihnen die als Kandidatin zur Oberbürgermeister*innenwahl angetretene Sabine Neumayer. Insgesamt 200 Teilnehmer*innen verfolgten das von »Köln ist aktiv« beworbene »Friedensfest gegen Rassismus und Diskriminierung« an der Deutzer



Werft am 12. September 2020. Neben den üblichen Verdächtigen war auch Gordon Pankalla (»Anwälte für Aufklärung«) vor Ort. Zwei Wochen später gab es eine gemeinsame Veranstaltung von »Querdenken 221« und »Querdenken 711«, ebenfalls an der Deutzer Werft. Michael Ballweg (Initiator von »Querdenken 711«) war ebenso wie Nana Domina anwesend und sprach zu den ca. 1.000 Teilnehmer*innen. Auch Cindy Kettelhut und Heinrich M. waren bei der Veranstaltung, die unter dem Motto »Friedliche Versammlung für Grund- und Freiheitsrechte« stand. Drei Stunden später fand die samstagliche »Friedensparade« von »Köln ist aktiv« in Zusammenarbeit mit »dsdg.org« statt. Vom Neumarkt aus ging ein Spaziergang zum Aachener Weiher in dessen Rahmen die Slogans »Coronamaßnahmen & Familie & Kind« sowie »Mer Kösche stonn zesamme, frei un tolerant« mit Inhalten gefüllt werden sollten. Im Vorfeld der beiden Veranstaltungen am 26. September 2020 teilte das Café »Villa Mathilde« in den sozialen Medien mit, dass die Teilnehmer*innen der »Querdenken«-Veranstaltung in dem Deutzer Café nicht willkommen seien. Bebildert wurde der Post mit einem »Kein Kölsch für Nazis«-Bierdeckel. Daraufhin wurde das Café von Pandemieleugner*innen bedroht, beispielsweise in der rechten Facebook-Gruppe »Demo Berlin«. Diese leitete einen Shitstorm ein und verkündeten: »Flashmob und aufmischen, im Skat oder wie auch immer«. Einzelne Personen äußerten, dass das Café angezündet werden sollte (»ANZÜNDEN DIE BUCHTE!!!«). Weiter heißt es »Ist das ne Kneipe oder Merkels Führerhauptquartier [...] ?«. Auch in Kölner Telegram-Chatgruppen wie bei »Köln für Freiheit« oder »Patrioten Köln« fand dies Resonanz.

Am 20. Oktober legte die »Corona-Info-Bus-Tour« zusammen mit Bodo Schiffmann, Samuel Eckert und Ralf Ludwig (»Klage-Pate«) einen Stop am Kölner Neumarkt ein. Das Ziel der Veranstaltung war eine »Aufklärung zum Thema Corona-Fakten«. Die ca. 400 Teilnehmenden ignorierten größtenteils die Mindestabstände und das vonseiten der Polizei eingeforderte Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes.

Nachdem die mehrmaligen Aufforderungen, den Corona-Schutzmaßnahmen nachzukommen, ignoriert wurden, löste die Polizei die Veranstaltung auf. Mit unter den Demonstrierenden war neben Bianca Pfaffenholz, welche nach 1,5 Stunden per Megafon dazu aufrief, weiter zu demonstrieren, auch Dieter Bartsch, der von der Polizei abgeführt wurde. Weiter waren die Kölner*innen Johanne Liesegang und Sebastian Rudolph vor Ort. Die rechten Medienaktivist*innen Yennyfer Inden und Kevin G. filmten die Veranstaltung ab. Redner*innen positionierten sich u.a. gegen »Reker (Oberbürgermeisterin von Köln) und die ganze Mischpoke«. Auch hier wurden »Merkel muss weg«-Rufe laut, ebenso wie die Aussage, es gäbe eine »Diktatur in Deutschland«. Eine Veranstaltung am 21. Oktober stach aus der Menge an Protesten hervor: »Köln ist aktiv« und »Querdenken« riefen dazu auf, die sogenannte »Schwarze Wahrheit« durchzuführen. Bei dieser Aktionsform kleiden sich die Protestierenden in weiße Einwegmaler*innenanzüge und tragen schwarze oder weiße Masken. Sie sollten sich auf dem Platz aufstellen und »wie beim Militär und im Gleichschritt über den Platz gehen und die Sprüche alle gemeinsam wiederholen«. Als Beispiel stellte Bianca Pfaffenholz im Vorfeld einige Sprüche zur Auswahl. So fanden sich unter ihnen Aussagen wie: »Stirb allein – aus Solidarität«, »Impfung ins Trinkwasser« oder »Nie mehr Alkohol«,



»Nie mehr Party«, »Bildung abschaffen« und »Armut für alle«. Auch die Kölner Gruppierung »Widerstand steigt auf« bezieht sich positiv auf diese Protestform. Während ihrer Rede verwendete Pfaffenholz mehrere Hermann Göring-Zitate. Der rechte Medienaktivist von »Bördy TV« Bernhard (»Bördy«) teilte während seines Livestreams mit: »Ich weiß, was ich demnächst tun werde. Ich werde mir die entsprechenden Dinger besorgen und dann ist Schluss damit. Das garantiere ich. Ich werde mit einem Riesen-Rumms, werde ich auf mich aufmerksam machen. Einem Riesen-Rumms, Leute. Seid gespannt. Ihr werdet das erleben. Ich werde es live filmen. Das wird so passieren, dass keiner dazwischenfunken kann. Bei dem, was ich vor habe. Es geht nicht um mein Leben, es geht um eine Aktion, die ich machen werde. Ich garantiere es euch.«

Auch zu Karneval gab es in Köln Protest von »Querdenker*innen«. Bianca Pfaffenholz und Marc Bendorf riefen am **11. November** zum »Karneval der Liebe – für Wahrheit, Menschlichkeit & Freiheit« zur Deutzer Werft auf. Auffällig ist die Titelgebung: ein deutscher Unterhaltungsfilm aus der NS-Zeit trägt ebenfalls den Titel »Karneval der Liebe«. Die ursprünglich bis 21 Uhr geplante Kundgebung wurde bereits um 14:43 Uhr beendet. Vermutlich, weil die Polizei aufgrund von zahlreichen Verstößen gegen die Corona-Schutzverordnungen drohte, die Veranstaltung aufzulösen. Zusätzlich wurden im Laufe des Tages Flyer aus einem Bollerwagen heraus verteilt und mit aufgedrehten Außenlautsprechern durch die Kölner Innenstadt gefahren.

Für den **6. Dezember** kündigte »Querdenken Düsseldorf« und »Querdenken Dortmund« eine weitere Veranstaltung gegen die Corona-Schutzmaßnahmen an. Anscheinend dem Größenwahn verfallen, wurde die Veranstaltung zu Beginn der Mobilisierung als Giga-Demo mit 20.000 Teilnehmer*innen und mehreren Bühnen beworben. Letztendliches kamen um die 1.500 Teilnehmer*innen im Rheinpark Golzheim in Düsseldorf zusammen. Unter ihnen das übliche Klientel an Esoteriker*innen, Verschwörungsan-



hänger*innen, bürgerlichen Familien, fundamentalistischen Christ*innen, Rechtspopulist*innen und Neonazis. Dieses Mal waren allerdings auch um die 300 Hooligans zugegen. Einige von ihnen griffen während der Anreise nach Düsseldorf Antifaschist*innen am Duisburger Hauptbahnhof an. Im Laufe des Tages wurden einige von ihnen von der Polizei festgesetzt. Die Hooligans sorgten unter den Teilnehmer*innen der »Querdenken«-Veranstaltung für Diskussionen. Diese bezogen sich hauptsächlich auf das martialische Auftreten der Hooligans, und nicht etwa auf ihre politischen Inhalte. Von der Bühne aus wurde angeführt, dass die Hooligans bei ihrer Ankunft ausegesehen hätten wie Antifa-Aktivist*innen, und da bekomme man nun mal »Plack«. Bianca Pfaffenholz setzte sich massiv für die rechten Hools ein: »Nein, ich finde das Scheiße, dass ihr hier die Hooligans und die anderen Leute diskriminiert.« Der Redner Marcel Wojnarowicz versuchte alle Beteiligten zu besänftigen: »Wir möchten hier niemanden vor den Kopf stoßen, der sich den Zielen von Querdenken anschließt.« Eine klare inhaltliche Abgrenzung zu eindeutig als rechts erkennbaren Teilnehmer*innen der Veranstaltung gab es nicht. Diese lässt sich auch bei anderen Protesten gegen die Corona-Schutzverordnungen vermissen. Insgesamt ergab sich am 6. Dezember ein krudes Bild. Auf der einen Seite verteilten die anwesenden Hooligans Schals der zur

extremen Rechten zählenden Band »Kategorie C« und wollten immer wieder eine Dynamik des aktiven Straßenprotests aufkommen lassen. So versuchten sie beispielsweise, auf die Straße zu rennen, wurden jedoch stets von der anwesenden Polizei gestoppt. Mehrere Wasserwerfer sowie eine Reiterstaffel waren vor Ort. Andererseits inszenierten sich die anderen Teilnehmer*innen der »Querdenken«-Veranstaltung als hippieske Menge und forderten Liebe und Freiheit. Die Veranstaltung wies von dieser Seite aus betrachtet den Charakter eines Volksfestes auf. Es gab Musik, es wurde mitgesungen und geschunkelt. Aus Köln bzw. dem Kölner Umland waren neben der schon genannten Bianca Pfaffenholz zudem Nana Domena, Johanne Lisegang, Sebastian Rudolph, Dieter Bartsch, die Youtuberin Yennyfer Inden (Düren), Cindy Kettelhut und Samy Musarie (aus dem Umfeld des Begleitschutz Köln) anwesend. Die extreme Rechte stellte zwar nicht die Mehrheit der Teilnehmenden dar, war aber deutlich präsent (so waren Mitglieder von »Die Rechte«, der »Bruderschaft Deutschland«, HoGeSA, »Der Dritte Weg« und der AfD vor Ort). Damit verdeutlichte die »Querdenken«-Veranstaltung in Düsseldorf einmal mehr, dass die »Querdenken«-Bewegung all jene willkommen heißt, die sich dem Narrativ des Widerstands gegen die vermeintliche »Corona-Diktatur« anschließen. Diese wird begrifflich dem Nationalsozialismus



gleichgestellt. Auch auf der Kundgebung am 6. Dezember war immer wieder von einem neuen »1933« die Rede. Dabei imaginieren sich die Teilnehmenden selbst in eine Reihe mit Widerstandskämpfer*innen gegen den NS oder ernennen sich selbst zu »Antifaschist*innen«. Diese Aussagen schwanken zwischen Naivität und Kalkül: Naivität, weil die Teilnehmer*innen wahrscheinlich wirklich kein sachliches polit-analytisches Vokabular jenseits des Nazivergleichs besitzen. Kalkül, weil es zumindest den expliziten NS-Sympathisant*innen unter ihnen im Wesentlichen darum gehen dürfte, den historischen Nationalsozialismus zu relativieren und damit zu einer politischen Möglichkeit unter vielen zu deklarieren. Diese Geschichtsblindheit und Anmaßung wird begleitet von halbherzigen und folgenlosen Abgrenzungen gegen einen nicht näher definierten »Extremismus« – was auf erschreckende Weise die Beliebigkeit und Untauglichkeit des Extremismusbegriffs zur Kritik realer politischer Standpunkte belegt.



Gegen Ende des Jahres fanden vermehrt Autokorsos durch Köln statt, beispielsweise am **17. November** oder am **11. und 18. Dezember**. Im Dezember schlossen sich um die 30 Fahrzeuge zusammen, unter ihnen vor allem Fahrzeuge aus Städten außerhalb Kölns. Doch auch Johanne Liesegang, Bernhard/»Bördy« und Marc B. nahmen an den Autokorsos teil. Am **14. Dezember** wurde bekannt, dass »Querdenker*innen« im Regierungsbezirk Köln Broschüren an Lehrkräfte verschickt haben. Die 49-seitige Veröffentlichung enthielt irreführende Informationen zur Thematik Covid19 und warnten vor dem Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes.

Im Laufe des Jahres wurden immer wieder gewalttätige Angriffe bekannt, bei denen Ordnungsamtmitarbeiter*innen oder Kontrolleur*innen verletzt wurden, weil sie auf die Maskenpflicht aufmerksam machten – so beispielsweise am 21. Dezember in Aachen. Die Dunkelziffer solcher Angriffe wird um einiges höher liegen.

Kurzüberblick der relevanten Akteur*innen in Köln

Die »Querdenker*innen, Pandemieleugner*innen und selbsternannten »Corona-Rebellen« setzen sich aus unterschiedlichen politischen Lagern zusammen. Die Teilnehmenden der Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen umfassen Impfgegner*innen, Esoteriker*inne, Reichsbürger*innen, Verschwörungsgläubige, rechten Aktivist*innen, Neonazis, »besorgte Bürger*innen« und viele weitere gesellschaftliche Gruppen. Zwar handelt es sich bei den Teilnehmer*innen nicht ausschließlich um extrem rechte Personen, dennoch haben sie anscheinend kein Problem mit einem Schulterschluss mit diesen Akteur*innen. Verschwörungserzählungen, Fake News und gängige rechte Argumentationslinien stehen in dieser Bewegung auf der Tagesordnung. Im Folgenden sollen einige ausgewählte Akteur*innen der Proteste gegen die Corona-Schutzverordnung zusammenfassend aufgezählt werden. In Köln sind als Organisator*innen der Kundgebungen, Mahnwachen und Demonstrationen vor allem »Deutschland sucht das Grundgesetz« (dsdg.org) um Jörg Berchem, »Köln ist Aktiv« und »Querdenken 221« zu nennen. Hier ergaben sich immer wieder Verschränkungen in die organisierte extreme Rechte. So suchte die Hauptorganisatorin von »Köln ist aktiv« **Bianca Pfaffenholz** immer wieder den Kontakt in die rechte Hooliganszene. Pfaffenholz war mit weiteren Kölner*innen bei den Protesten gegen die Corona-Schutzverordnung in Leipzig am 7. November anwesend. Sie

hielt vor dem Banner von »Köln ist aktiv« eine Rede, in der sie unter anderem Hermann Göring zitierte. Zwar sei er ein »schlimmer Mensch ... ein schlimmer Nazi« und sie sei auch kein Fan von ihm, aber was er damals gesagt habe, treffe auf heute sehr gut zu. Weiter rief sie »Rocker« und »Hooligans« dazu auf, sich dem Protest auf der Straße und gegen die Regierung anzuschließen. Gerade Hooligans seien doch Bruderschaften mit den richtigen Werten.

Die »Querdenker*innen« waren es 2020 nicht leid, zu betonen, dass sie Gewalt als Mittel ablehnen würden. Wie viel davon zu halten ist, wurde unter anderem Ende Oktober deutlich, als ein Teilnehmer während seines laufenden Livestreams von einem »Riesen-Rumms« redete, den es bald geben würde (s.o.). Weiter setzten sie sich immer wieder in eine vermeintliche Tradition von Widerstandskämpfer*innen im NS, obwohl sie den Holocaust regelmäßig relativierten.

Zu Beginn der Proteste stellte »**Köln für Freiheit**« noch eine relevante Gruppierung in Köln dar. Sie setzte sich aus ehemaligen Teilen der Kölner Friedensbewegung, besorgten Bürger*innen und Esoteriker*innen zusammen. Später gründete Bianca Pfaffenholz die Abspaltung »Köln ist aktiv«, »Köln für Freiheit« verschwand von der öffentlichen Bildfläche.

Lange Zeit bespielte »Köln für Freiheit« beziehungsweise »Köln ist aktiv« die Samstage in Köln mit Kundgebungen, Spaziergängen und Menschenketten. Sonntags standen die Kundgebungen mit Rede- und Musikbeiträgen von »dsdg.org«/ »Deutschland sucht das Grundgesetz« am Heumarkt an der Tagesordnung. Eine kurze Zeit lang versuchte **Johanne Liesegang** vergeblich eine Montagsmahnwache in Kombination mit einer »Klagemauer« durchzuführen. Anders als die »flüsternde Mahnwache für artgerechte Menschenhaltung und Verhältnismäßigkeit«, die welche von **Marc Benndorf** (Pseudonym Marco Benotti) organisiert wurde, fand die »Klagemauer« keine Resonanz. Eine Zeit lang fand auch eine von »Querdenken 221« organisierte Menschenkette gegenüber des Musical Domes am Kölner Rhein statt. Damals hatte **Dea Heibel** noch die Organisation



bei »Querdenken 221« inne. Sie versuchte immer mal wieder Treffen zu organisieren, bei denen sich Interessierte vernetzen sollten. Später wurde sie unter anderem von **Nana Domena** abgelöst. Dieser legte großen Wert auf eine Vernetzung zwischen den unterschiedlichen Akteur*innen in Köln. Ab Mitte des Jahres 2020 kam es zu vermehrten Kooperationen untereinander und die Proteste wurden gegenseitig unterstützt, teilweise sogar zusammen organisiert. Auch eine Zusammenarbeit mit **rechten Medienaktivist*innen** wie **Kevin G. und Yennyfer Inden** fand über das Jahr verteilt immer wieder statt.

Interview mit Dennis Pesch über sogenannte »Querdenker*innen«, »Corona-Rebellen« und Co. – Ein Jahresrückblick auf das Jahr 2020

Dennis Pesch arbeitet seit fast sechs Jahren als freiberuflicher Journalist und beschäftigt sich vor allem mit der extremen Rechten. In letzter Zeit rückten auch »Querdenker*innen«, »Corona-Rebellen«, Verschwörungsiedolog*innen und Esoteriker*innen in sein Blickfeld. Aufgrund seiner langjährigen Erfahrung durch die Beobachtungen von stattfindenden Protesten vor Ort sind wir daran interessiert, wie er das Jahr 2020 rückblickend beschreibt und wie seine Zukunftsprognosen für dieses Jahr aussehen.

Wenn du die Jahre 2019 und 2020 vergleichst, würdest du sagen, im Jahr 2020 gab es insgesamt mehr rechte Proteste als im Vorjahr?

Dennis Pesch: Ich glaube, es gab weniger klassische rechtsextreme Proteste. Die Corona-Pandemie hat erhebliche versammlungsrechtliche Einschnitte mit sich gebracht. Demonstrationen wurden teilweise verboten oder kurzfristig abgesagt. Was zugenommen hat, sind Demonstrationen wo ein heterogenes Milieu zusammen gekommen ist. Hierbei lässt sich nicht immer klar sagen, dass diese Proteste auch von Rechten dominiert sind.

Hier befinden wir uns ja schon im Bereich der »Querdenker*innen«, »Corona-Rebellen«, Esoteriker*innen und Verschwörungsiedolog*innen. Wie würdest du die »Corona-Rebellen« ideologisch einordnen?

Dennis Pesch: Am Anfang hat sich abgezeichnet, dass sowohl die »Corona-Rebellen« als auch »Querdenken« um eine Art Vorherrschaft der Pandemieleugner*innen gekämpft haben. »Querdenken« hat sich da nun durchgesetzt, die »Corona-Rebellen« sind nur noch in wenigen Städten wirklich präsent, wie etwa in Düsseldorf. Hier sind sie oft durch Bedrohungen gegen Journalist*innen und Politiker*innen

aufgefallen und haben sich so mediale Aufmerksamkeit verschafft. Ideologisch waren die »Corona-Rebellen« anfangs ein heterogenes Milieu, dass sich aus Impfgegner*innen, Esoteriker*innen, Reichsbürger*innen und Neonazis zusammengesetzt hat. Sie haben bis heute gemeinsam, dass sie Corona verharmlosen oder leugnen. Mittlerweile haben sich die »Corona-Rebellen« in Düsseldorf radikalisiert und werden von Reichsbürger*innen und der extremen Rechten dominiert, die darin schon länger organisiert sind. Trotzdem nehmen auch weiterhin andere Menschen an ihren Protesten teil.

Wie schätzt du die von »Querdenken« getätigten »Distanzierung« von rechten Hooligans am 06. Dezember 2020 bei ihrem Protest in Düsseldorf ein?

Dennis Pesch: Das war vor allem eine symbolische Distanz. Natürlich versucht »Querdenken« sich gegenüber der Mehrheitsgesellschaft glaubwürdig zu inszenieren. Das ist mit seit Jahrzehnten organisierten Neonazis nicht möglich. Das heißt aber nicht, dass es keine Schnittmengen gibt. Der Organisator Michael Schele hat monatelang mit Reichsbürger*innen zusammengearbeitet. Das war für ihn gar kein Problem. Bei der Distanzierung in Düsseldorf ging es vor allem um das äußere Auftreten, das die Neonazis an den Tag gelegt haben. Es ging nicht um den Inhalt, für den sie stehen. Menschen aus dem Milieu der Pandemie-Leugner*innen sind teilweise antisemistisch, rassistisch und verharmlosen den Nationalsozialismus und den Holocaust. Darauf können sich Neonazis und Pandemieleugner*innen ganz gut einigen.

Da es inhaltlich viele Überschneidungen zwischen »Querdenker*innen« und Rechten gibt, würdest du sagen, es gibt Unterschiede zwischen einer Kundgebung von »Querdenken« und einer »klassisch rechten« Kundgebung von zum Beispiel der Partei »Die Rechte«?

Dennis Pesch: Bei Neonazis haben wir teilweise organisierten Rechtsterroristen, gerade bei der

Partei »Die Rechte«. Schon die Agitation unterscheidet sich erheblich. Bei »Querdenken« wird viel mehr ein Konsens gesucht. Zum Beispiel lehnen alle gemeinsam ab, einen Mund-Nasen-Schutz zu tragen, bezeichnen den meist als »Maulkorb«. Neonazis geben sich aber nicht damit zufrieden, die Maskenpflicht abzuschaffen. Es gibt auch inhaltliche Unterschiede, etwa im Antisemitismus. Bei »Die Rechte« ist der viel aggressiver, da werden ganz gezielt Kampagnen organisiert, die einen eliminatorischen Antisemitismus propagieren, wie etwa bei der Europawahl 2019. Da hat die Partei eine Wahlkampagne organisiert, die vor allem israelbezogenen Antisemitismus in den Vordergrund gestellt hat. Ähnliches gilt auch für Rassismus, Sexismus und Antiziganismus. Bei den Pandemieleugner*innen sind schon viele andere Leute unterwegs als bei einer Kundgebung von »Die Rechte«. Bei »Querdenken« äußert sich Antisemitismus meist weniger offen und eher unterschwellig. Wir sehen einen großen Unterschied auch in der Aggression, die sich bei den Pandemie-Leugner*innen verbalisiert und auch auf der Straße umgesetzt wird. Sie werden von der Stimmung auf Kundgebungen angestachelt und nehmen die Grenze zur Strafbarkeit nicht wahr. Neonazis wissen ganz genau, was strafbar ist.

Wie schätzt du das Gewaltpotenzial der Corona-Leugner*innen ein?

Dennis Pesch: Sie radikalisieren sich und das Gewaltpotenzial nimmt erheblich zu. Bei verschärften Schutzmaßnahmen bestätigen sie sich gegenseitig und lassen sich von vor allem Reichsbürger*innen agitieren. Ein Beispiel ist da sicher Attila Hildmann. Er spielt bei »Querdenken« zwar keine Rolle, aber durch seine öffentlichkeitswirksame Tätigkeit zu Beginn der Pandemie hat er schon eine größere Rolle für die Bewegung der Pandemie-Leugner*innen gespielt. Ich befürchte, dass die Radikalisierung, auch in terroristische Anschläge münden könnte. Es gab auch schon Angriffe auf das Robert-Koch-Institut, Attacken auf Impf- und Testzentren, Journalist*innen, Politiker*innen, Virolog*innen, Juden und Jüdinnen

und viele andere Menschen bekommen Morddrohungen, weil die Propaganda der Pandemie-Leugner*innen das hervorruft. Besonders in den Schuldzuweisungen liegt eine große antisemitische Gefahr, weil jüdische oder als jüdisch gelesene Menschen von den Pandemie-Leugner*innen in den Fokus genommen werden.

Hast du Unterschiede bei der Berichterstattung von »klassisch rechten« Protesten und denen von Pandemieleugner*innen erlebt?

Dennis Pesch: Ich habe bei den Pandemieleugner*innen viel mehr Gewalt erlebt und auch mehr Anfeindungen. Neonazis haben teilweise die gleichen Feindbilder, arbeiten sich aber meistens viel gezielter an einzelnen Journalist*innen ab. Die Pandemieleugner*innen sind von einer Dynamik getrieben, die häufig im Affekt bei den Protesten entsteht. Die lassen sich gehen, ohne irgendeine Konsequenz fürchten zu müssen. Der Staat schaut dabei oft nur zu und die Polizei wirkt selten deeskalierend auf die Angreifer*innen ein, sondern nimmt eher die Betroffenen in den Fokus. Weil es keine Konsequenzen gibt, auch nicht politisch, fühlen sich viele auch bestärkt in ihrem Handeln. Ein ähnliches Muster ist in der rechten Szene zu beobachten. Neonazis handeln teilweise zwar auch affektiv, aber in der Regel planen sie ihre Taten genauer und agieren gezielter.

Hast du viel von Gegenprotesten mitbekommen oder hast du das Gefühl, die Pandemieleugner*innen laufen eher unter dem Radar von klassischen linken Protesten?

Dennis Pesch: Neonaziaufmärschen wird in Deutschland vehementer widersprochener als einer »Querdenken«-Kundgebung. Ich glaube, das hat auch mit dem Thema Antisemitismus zu tun. Die Gesellschaft tut sich nach wie vor schwer, Antisemitismus überhaupt zu erkennen und sich dann auch dagegen zu positionieren. Pandemieleugner*innen verbreiten viele antisemitische Stereotype und betreiben vor allem NS-Relativierungen. Dies zeigt sich zum

Beispiel, wenn einige mit einem sogenannten »Judenstern« zur Demo kommen, wo es statt »Jude« heißt: »nicht geimpft«. Die Pandemieleugner*innen wurden lange auch nicht ernst genommen und belächelt. Es handle sich »um ein paar Verrückte«. Das habe ich oft gelesen. Dabei sind sie gefährlich, weil sie Verschwörungsiedologien verbreiten. Dass diese in rechtem Terror münden, sehen wir in verschiedenen Bewegungen, wie etwa den Incels. Und sie als »verrückt« zu bezeichnen, stigmatisiert Menschen mit psychischen Erkrankungen und wirkt entpolitisierend. Größere Proteste gab es häufig erst, wenn sich Neonazis eingemischt haben. So ist es zumindest in Düsseldorf gewesen.

Wie blickst du jetzt auf das Jahr 2021? Denkst du, das Ganze wird so weitergehen wie bisher oder denkst du die Pandemieleugner*innen werden sich zerstreiten und der Protest wird wieder abebben?

Dennis Pesch: Es gibt weitere Agitationsfläche, die uns auch noch lange erhalten bleiben. Die Impfzentren werden zum Beispiel erstmal nicht verschwinden. Das Corona-Virus wird in Deutschland bleiben und das Thema wird uns weiterhin begleiten. Die Leute, die Corona als Aufhänger für ihre Propaganda nutzen, werden genauso wenig verschwinden. Im Moment ist der Aufhänger eher der Lockdown und die Impfungen.

Dauerhaft werden es auch einzelne Politiker*innen, Virolog*innen, Journalist*innen und andere Menschen bleiben, die für von den Pandemie-Leugner*innen für »schuldig« erklärt werden. Innerhalb der Bewegung gibt es aber natürlich schon lange Stress. Es gibt da keinen großen und breiten Konsens über viele verschiedene Themen, sondern einzelne Ziele, auf die sie sich verständigen können. Das ist etwa die Maskenpflicht oder das Impfen. Darüber hinaus gibt es aber viele Felder, wo sie streiten und Streit hat häufig Spaltung zur Folge. Das dürfte auch ein Grund sein, warum die Demonstrationen gerade keine Hochphase mehr haben. Den vorläufigen Höhepunkt gab es im Sommer mit dem Besetzen der Reichstagstreppe.

Angenommen Corona wäre in zwei Jahren vorbei und gesellschaftlich kein Thema mehr. Denkst du die Menschen, die sich diesen Protesten anschließen und mit den dortigen Verschwörungserzählungen mitgehen, bleiben weiter aktiv? Oder werden sie sich ins Private zurückziehen und wir werden von ihnen nichts mehr sehen oder hören?

Dennis Pesch: Einige Leute werden weiter machen, da sie sich radikalisiert haben. Bei der Besetzung der Reichstagstreppe und den Demos in Berlin waren ca. 30.000 Leute. Ähnliche Zahlen gab es vielleicht mal zu Hochzeiten bei PEGIDA in Dresden. Viele Pandemie-Leugner*innen haben sich über solche Events – auch im Kleinen – und Telegram-Grup-

pen radikalisiert. Sie bezeichnen sich ja auch als »aufgewacht«. Corona ist da nur ein Aspekt. Sie stellen eher systematisch die parlamentarisch-repräsentative Demokratie in Frage. Denen geht es um vielmehr als nur um das Virus und die Pandemie. Auf Kundgebungen sagen sie das teilweise ganz offen: »Das System stinkt, es ist faul«, heißt es da. Einige sind auch schon Teil der extremen Rechten. Die größeren Überschneidungen zwischen Esoteriker*innen, Impfgegner*innen, Rechtsextremen und Co. werden, vermute ich, etwas kleiner, wenn Corona nicht mehr so große Teile unseres Lebens bestimmt wie jetzt. Einige werden am Ende der Pandemie aber vermutlich nicht mehr dabei sein oder nur zu größeren Anlässen aktiv werden.

4. DROHUNGEN, SCHMIEREREIEN, ÜBERGRiffe

2020 tauchten im Regierungsbezirk Köln großflächige **neonazistische Schmierereien** auf. Beispielsweise im Februar 2020 in Köln-Braunsfeld (Hakenkreuz-schmierereien an einer Kölner Grundschule und NS-Parolen an der Hauswand der alevitischen Gemeinde), im April in Würselen (hier wurden u.a. Hakenkreuze auf die Hauswand eines griechischen Restaurants gemalt) oder am Rheinufer in Bayenthal (hier wurde die Solidarität zu »Casa Pound« bekannt). Zu einer antisemitischen Schmiererei kam es im August in Leverkusen, hier wurde der Gedenkstein am städtischen Mahnmal auf dem Platz der Synagoge in Leverkusen besprüht. Im September tauchten in Aachen (wo es zu zahlreichen Sachbeschädigungen und Schmierereien kam) und Anfang November in Köln und Leverkusen rechte Sprühreien auf. Hier fanden sich unter anderem Hakenkreuze und SS-Runen. Die Liste ließe sich endlos weiterführen. Immer wieder werden auch Schulen mit rassistischen

und antisemitischen Sprüchen sowie Hakenkreuzen besprüht. Zwei Beispiele stellen eine Schule in Bonn-Ückesdorf Anfang Juli und eine Schule in Köln Zollstock im August dar.

Es bleibt jedoch nicht immer bei Sachbeschädigungen und so kam es auch im Jahr 2020 erneut zu mehreren rassistischen **Übergriffen**. Ein Beispiel stellte eine gewalttätige Auseinandersetzung Anfang August in Aachen dar. Hier wurden zwei Betroffene von einer Gruppe von fünf bis sieben Personen rassistisch beleidigt und festgehalten. Es kam zu einer Rangelei und Körperverletzungen, die Betroffenen wurden leicht verletzt.

Ende Dezember 2020 wurde der linke Infoladen in Aachen, das Autonome Zentrum in Aachen sowie das Frankenberger Viertel von Neonazis besucht. Personen, die aus dem AZ kamen, wurden mit Flaschen beworfen, die sie nur knapp verfehlten. Der Brief-



kasten und die Klingel des Autonomen Zentrums wurden erneut zerstört und es wurde versucht, die Scheibe der Eingangstür einzuschlagen. Zum gleichen Zeitpunkt tauchten in der Umgebung vermehrt Sticker der Partei »Die Rechte« sowie Sticker des »Syndikat 52« auf. In der gleichen Nacht wurde der Infoladen im Frankenberger Viertel mit rechten Stickern beklebt. Wenige Tage später tauchten an den gleichen Orten neben Hakenkreuz auch »Combat 18« und »88 (»Heil Hitler«)« Schriftzüge auf. Das Autonome Zentrum wurde mit einer »Gibor-Rune« versehen. Diese Rune wird auch »Wolfsangel« genannt und galt als Erkennungszeichen einer SS-Unterorganisation, die hinter der Front im Untergrundkampf gegen die Alliierten agieren sollte. Der Schriftzug »Jagd Start« wurde auf die Eingangstür des Autonomen Zentrums gesprüht.

Darüber hinaus wurden im Jahr 2020 wieder etliche **Drohbriefe und Drohmails** verschickt. So war der Siegburger Anwalt Mehmet Daimagüler, welcher auch Opfer im NSU-Prozess vertrat, Empfänger einer Nachricht mit der Kennung »NSU 2.0«. Betroffen waren auch andere bekannte Personen in der Bundesrepublik wie die Kabarettistin Idil Baydar und »DIE LINKE«-Politikerinnen Janine Wissler, Martina Renner und Anne Helm. Die Sprecherin des Kreisverbands Oberberg der Partei »DIE LINKE« erhielt Mitte März einen Drohbrief an ihre Privatadresse, unterschrieben mit »18 Panther Paul 18«. Auch die Kölner Diakonie Michaelshoven erhielt Drohungen. Nach der Veröffentlichung einer Stellenausschreibung für eine Inhaberhutnahmegruppe für Kinder und Jugendliche in Immendorf gingen bis zu 500 Anrufe, Briefe und Mails bei ihr ein. Sie beinhalteten Beschimpfungen, Brandanschlags- und Morddrohungen. Die Verfasser*innen lassen sich dem verschwörungs-ideologischen Milieu der Pandemieleugner*innen zuordnen. Die Diakonie suchte eine pädagogische Fachkraft, die sich um Kinder kümmert, »bei denen entweder eine akute Kindeswohlgefährdung vorliegt oder die bereits in einer Jugendhilfeeinrichtung leben und bei denen zusätzlich noch der Verdacht auf eine Infizierung mit dem Corona-Virus besteht.« Pandemieleugner*innen sahen durch das Stellen-

angebot ihre Theorie bestätigt, dass die Regierung im Zuge von Covid19 Kinder aus Familien reißen wolle, um sie in Heime unterbringen.

So wie viele andere, die nicht in das völkische Weltbild der extremen Rechten passen, sind Engagierte aus Politik und Zivilgesellschaft schon seit Langem entsprechenden Einschüchterungsversuchen und verbalen Übergriffen ausgesetzt. Viele solcher oder ähnlicher Vorfälle werden jedoch nicht veröffentlicht beziehungsweise zur Anzeige gebracht. Die Statistik zu politisch und rechts motivierten Straftaten in Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2020 verdeutlicht die Gefahr, die von Weltbildern ausgeht, die von Rassismus, Antisemitismus und Verschwörungserzählungen geprägt sind. Als einwohner*innenstarke Stadt in NRW weist Köln in absoluten Zahlen mit 211 die meisten Straftaten auf. Die Zahl für NRW liegt für das Jahr 2020 bei 3.383. Somit ist sie im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken (2019: 3.661 Straftaten). Allerdings ist die Anzahl an rassistischen, islamfeindlichen und geflüchtetenfeindlichen Straftaten ebenso angestiegen, wie Straftaten gegen Rom*nja und Sinti*ze. Die offiziellen Zahlen zu antisemitischen Straftaten ist im Vergleich zu 2019 leicht zurückgegangen und liegt für das Jahr 2020 bei 276. Allerdings ist hier anzumerken, dass Vorkommnisse und alltägliche Mikroaggressionen unterhalb der Strafbarkeit liegen können. Obwohl diese dann nicht in der Statistik auftauchen, können sie bei den Betroffenen dennoch Angst, Verunsicherung, Demütigung und Schmerzen auslösen. Hier wird deutlich, dass die erfasste Zahl an Straftaten von verschiedenen Faktoren, wie die Strafbarkeit oder das Anzeigeverhalten der Betroffenen, abhängt. Weiter dürfte die Dunkelziffer deutlich höher liegen.

Drei Fragen an –

Wie schätzen zivil-gesellschaftliche Akteur*innen das Jahr 2020 ein?

Eine lebendige demokratische und menschenrechtsorientierte Kultur ist ein grundlegender gesellschaftspolitischer Gegenentwurf zu rassistischen und antisemitischen Weltbildern, welche auf Ungleichwertigkeitsvorstellungen aufbauen. Seit Beginn ihrer Tätigkeit im Jahr 2008 hat die »Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Köln« im Rahmen von Beratungs- und Vernetzungsprozessen im gesamten Regierungsbezirk Ansprechpartner*innen aus zahlreichen Einrichtungen, Initiativen und Organisationen gefunden. Diese Netzwerke an verschiedenen Akteur*innen stellen einen großen Pool an Ressourcen, Kompetenzen und Erfahrungen dar. Wie haben zivilgesellschaftliche Akteur*innen das Jahr 2020 erlebt, vor welchen Problemen standen sie und was wünschen sie sich für das neue Jahr?

Drei Fragen an ...



... das »Weltoffen-Team des Kreises Euskirchen«

1. Rückblickend auf das Jahr 2020, welches einschneidende

Ereignis von rechter Seite aus (Demonstrationen, Aktionen, Agitationen) ist Ihnen weshalb bleibend in Erinnerung geblieben?

Im letzten Jahr wurde deutlich, dass Covid-19 und die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie genutzt werden, um Menschen gegeneinander auszuspielen. Schon zu Beginn des Jahres und vor dem ersten Lockdown gab es Stimmen in den sozialen Medien, auch auf lokaler Ebene, die z.B. einen vermeintlichen Zusammenhang zwischen Covid-19 und Geflüchteten herzustellen versuchten. Faktenchecks und klare Positionierungen helfen dabei, gezielter Desinformation entgegenzuwirken.

2. Inwieweit hat sich Ihre Arbeit gegen Rechts im Jahr 2020 im Gegensatz zu den Vorjahren verändert?

In der historisch-politischen Bildung arbeiten wir, wie auch andere Einrichtungen, in erster Linie mit Menschen direkt vor Ort zusammen. Im letzten Jahr war dies nur bedingt möglich, zum Teil konnten geplante Veranstaltungen mit geringen Teilnehmendenzahlen unter Hygieneschutzbedingungen oder digital stattfinden. In der Planung gab es immer wieder Unsicherheiten, ob und wie wir Dinge realisieren können. Dies war sicherlich die größte Veränderung für unsere Arbeit.

3. Wie schätzen Sie das Potenzial für eine rechte Mobilisierung im Jahr 2021 ein? Was bräuchten Sie, um dieser effektiv entgegenzuarbeiten?

2021 wird das Thema Covid-19 weiterhin zum Anlass genommen, um falsche Informationen und Hass zu verbreiten, gerade auch online. Wichtig ist, dass wir Aussagen kritisch befragen, uns selbst reflektieren und eine klare Haltung einnehmen. Durch die intensive Zusammenarbeit mit anderen regionalen Akteur*innen und Einrichtungen können wir Kompetenzen austauschen und rechten Mobilisierungen entgegenarbeiten. Im Kreis Euskirchen setzen viele Kooperationspartner*innen auch ein öffentliches Zeichen, indem sie an unserer Banneraktion »Kreis Euskirchen ist weltoffen« teilnehmen.



... die Aktivist*innen von »Unser Oberberg ist bunt – nicht braun!«

1. Rückblickend auf das Jahr 2020, welches einschneidende Ereignis von rechter Seite aus (Demonstrationen, Aktionen, Agitationen) ist Ihnen weshalb bleibend in Erinnerung geblieben?

Für viel Aufruhr sorgte die Razzia mit Waffenfunden bei einer gutbürgerlichen Familie, die den »Vereinten Völkern und Stämmen« angehörten. Es gab daraufhin großes Interesse an einem VHS-Online-Vortrag zum Thema »Reichsbürger«. Die Kirchengemeinde, der die Familie angehört, hat in einer Präsenz-Veranstaltung mit Liane Bednarz das Thema »Christen und AfD« und in einer eigenen Online-Veranstaltung (gemeinsam mit dem Netzwerk gegen Rechts) zum Thema »Reichsbürger« Stellung bezogen.

Mit den Einschränkungen im ersten Lockdown im April gab es zwei öffentliche Aktionen von Menschen, die sich gegen die Hygiene-Vorschriften wandten. In einer Facebook-Gruppe »Corona-Widerstand2020 Oberberg« (mit dem »Q« im Gruppenbild) war dazu aufgerufen worden, die Admins hatten AfD-Likes oder auch NPD-Freunde. Tonangebend beim »Spaziergang« waren dann teilweise bekennende Nazis (die sich aber bei der Aktion nicht in dem Sinne äußerten, sondern nur »Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Freiheit klaut!« riefen). Teilgenommen haben auch demokratisch gesinnte Personen.

Als zwei Wochen später eine angemeldete Kundgebung von »Corona-Widerstand2020 Oberberg« stattfand, gab es eine gemeinsame Erklärung der demokratischen Parteien und verschiedener Organisationen mit dem Tenor »Wir diskutieren gerne über den Sinn der Maßnahmen - aber mit Abstand zu Rechts«. Danach blieb es aus der Szene eher ruhig (bis auf einzelne Aufkleber), bis am 14. November der Schiffmann-Wanderzirkus in Gummersbach auftauchte. Die Veranstaltung wurde aber von der Stadt auf einen abgelegenen Platz gelegt, so dass nur »Fans«

da waren. Zu den Holocaust-Relativierungen haben wir öffentlich Stellung genommen.

Überregionale Ereignisse (Morde in Hanau, Rassismus in den USA) haben natürlich auch hier die Menschen empört, es gab Mahnwachen.

2. Inwieweit hat sich Ihre Arbeit gegen Rechts im Jahr 2020 im Gegensatz zu den Vorjahren verändert?

Durch die fehlende Möglichkeit zu gemeinsamen Aktionen sind wir einzeln aktiv geworden und haben die Aktivitäten im Internet dokumentiert. Wir konnten – außer einem Stand zum Holocaust-Gedenktag und den Mahnwachen – nur eine öffentliche Präsenz-Veranstaltung (zum 100. Jahrestag des Kapp-Putsches – verschoben auf den 3. September) durchführen. Die Aktivitäten zum Tag gegen Rassismus und zum 8. Mai haben ein breites Spektrum von Menschen mit einbezogen. In den letzten Monaten haben wir an einer Online-Dokumentation zur Zwangsarbeit im Oberbergischen gearbeitet, über die in der Presse und sogar in der WDR-Lokalzeit berichtet wurde. In der Folge gibt es neue Kontakte zu Lokalhistoriker*innen.

3. Wie schätzen Sie das Potenzial für eine rechte Mobilisierung im Jahr 2021 ein? Was bräuchten Sie, um dieser effektiv entgegenzuarbeiten?

Es gibt im Oberbergischen wohl keine andere Situation als im Rest des Landes: Rechte Mobilisierung hat da eine Chance, wo die regierende Politik die Menschen nicht mitnimmt – kommunal und auf Bundesebene. Das heißt: Wenn die Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung nicht gut vermittelt werden, sondern nur als »Chaos« rüberkommen, wenn die Unterstützung für die abhängig Beschäftigten und für Solo-Selbstständige schlechter läuft als für große Konzerne, wenn Lobbyismus und Korruption sichtbar werden – dann haben Rechte leichtes Spiel.

Unser spezielles Problem im Oberbergischen ist ein Teil der russland-deutschen Community, die sich abschotten und dem fundamentalistischen Christen-

tum und/oder den Rechten zuwenden. Hier hat sich bei der Kommunalwahl allerdings eine leichte Entspannung gezeigt, was die AfD-Stimmen in den Hochburgen angeht. Die Russlanddeutschen in der AfD sind nicht mehr so aktiv wie noch vor einem Jahr.

Generell gilt es, »Stimmung zu machen«, das bedeutet: In Aktionen nicht nur zu reagieren, sondern auch zu agieren für ein tolerantes Miteinander, gegen Diskriminierung. Wenn möglich, wird es Aktivitäten in dieser Richtung geben, insbesondere gemeinsam mit dem »Netzwerk gegen Rechts«.

Natürlich werden Rechte die Bundestagswahl für ihre Agitation nutzen. Wir können für das Oberbergische davon ausgehen, dass die AfD einen aktiven Wahlkampf führen wird, ob andere Parteien wie Die Rechte, Der Dritte Weg oder die NPD hier antreten werden, scheint im Moment eher unwahrscheinlich, ist aber nicht auszuschließen.



... die Engagierten von »hab8cht«

1. Rückblickend auf das Jahr 2020, welches einschneidende Ereignis von rechter Seite aus (Demonstrationen, Aktionen, Agitationen) ist Ihnen weshalb bleibend in Erinnerung geblieben?

Wir von »hab8cht« sind politisch engagierte Bürgerinnen und Bürger aus Köln, dem Rhein-Sieg-Kreis und Kerpen/Rhein-Erftkreis. Zur Kommunalwahl 2020 wollten wir über den Auftritt der AfD und deren bevorstehenden Einzug in den Rat der Stadt Kerpen aufklären und mit Menschen ins Gespräch kommen. Die Tatsache, dass Markus Walter von der Miniaturpartei »Die Rechte« als Bürgermeisterkandidat unserer Heimatstadt antritt, war für uns ein Grund mehr, aktiv zu werden. Markus Walter, wohnhaft in Kerpen, ist regelmäßiger Teilnehmer bei Naziaufmärschen in Remagen, mit Beteiligung vom »III Weg«, der NPD, »Die Rechte« und anderer Kameradschaften. Er

betreibt eine Unterstützerseite für Ursula Haverbeck, einer rechtmäßig verurteilten Holocaustleugnerin. Walter nahm an diversen Corona Leugner- und verschwörungsideologischen Protesten teil. Dass dieser Markus Walter 796 Stimmen (3,03%) bei der Kommunalwahl 2020 in Kerpen für sich gewinnen konnte, ist erschreckend ... hab8cht hat Infostände in Kerpen durchgeführt, um für Demokratie und Menschenfreundlichkeit und somit gegen Rechtsextremismus und Populismus von »Die Rechte« und der AfD aufzuklären. Denn diese Parteien agieren zerstörerisch für unsere Demokratie. Es gibt viel zu tun für Demokraten!

2. Inwieweit hat sich Ihre Arbeit gegen Rechts im Jahr 2020 im Gegensatz zu den Vorjahren verändert?

hab8cht hat sich Ende 2018 zusammengefunden. Aufgrund der Corona Pandemie ist die Vernetzung mit Mitstreiter*innen und anderen Initiativen in 2020 erschwert gewesen. Umso mehr freuen wir uns, dass hab8cht dennoch personell gewachsen ist und wir große Unterstützung erfahren haben und aktiv sein konnten. Neben den bereits beschriebenen Aktionen vor der Kommunalwahl begleitete Corona uns auch im Diskurs mit Menschen aus der »Mitte der Gesellschaft«. Wenn z.B. von »Corona Diktatur« oder einem »neuen Ermächtigungsgesetz« die Rede war, galt es dieser Relativierung und Verharmlosung von Unrechtssystemen entgegen zu treten und trotzdem »im Gespräch« zu bleiben.

3. Wie schätzen Sie das Potenzial für eine rechte Mobilisierung im Jahr 2021 ein? Was bräuchten Sie, um dieser effektiv entgegenzuarbeiten?

Aktuell schätzen wir das Potenzial als unverändert hoch ein.

1) Das Thema Covid-19 bietet den Rechten viele Themen zur Mobilisierung und Ausweitung ihrer Anhänger*innenschaft. Zu den bekannten Themen (Stichwort »Querdenken«) sehen wir weiteres Mobilisierungspotenzial, an denen sie sich abarbeiten dürfen – z. B. Impfungen, Folgen für die Wirtschaft nach dem Lockdown, Situation der Schüler*innen im

Abiturjahrgang, Rückgang freier Ausbildungsplätze infolge der Covid-19-Situation usw.

2) Des Weiteren dürften zur Bundestagswahl 2021 wieder einige obskure Initiativen aktiv werden, die mit professionellen und kapitalstarken Mitteln für rechte Positionen werben und sie massenkompatibel machen.

3) Antisemitismus und Rassismus dürften nach wie vor auf der Agenda der Rechten stehen, die aktuelle Situation um Covid-19 und die kommenden ökonomischen Verwerfungen werden das befeuern. Um aktiv gegenarbeiten zu können, müssen wir eine Gegen-öffentlichkeit herstellen und insbesondere junge Menschen besser erreichen.

Hierzu würde benötigt:

Finanzielle Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit (Druckkosten für Handzettel, Plakatwände)
Unterstützung bei der Bereitstellung von Räumlichkeiten für Schulungen
ein regionales Team von Aktiven, das vernetzt ist und in den sozialen Netzwerken aktiv Gegenpositionen zu Rechten Beiträgen verbreitet
finanzielle und organisatorische Unterstützung bei kulturellen Aktivitäten
Bereitstellung von Argumentationshilfen und sonstigen Materialien, um auf aktuelle rechte Themen zeitnah Gegenpositionen aufbauen zu können



Bildung und Kultur im Rom e.V.
Archiv und Dokumentationszentrum

... das Team von
»RomBuk« –
Bildung und Kultur
im Rom e.V.

1. Rückblickend auf das Jahr 2020, welches einschneidende Ereignis von rechter Seite aus (Demonstrationen, Aktionen, Agitationen) ist Ihnen weshalb bleibend in Erinnerung geblieben?

Rückblickend auf das Jahr 2021, war der 19. Februar 2020 mit dem neonazistischen Terroranschlag in Hanau ein kollektiv traumatisches Erlebnis innerhalb rassifizierter Gruppen.

2. Inwieweit hat sich Ihre Arbeit gegen Rechts im Jahr 2020 im Gegensatz zu den Vorjahren verändert?

Der neonazistische Terroranschlag hat verdeutlicht, wie wichtig Empowerment Arbeit bzw. eine nach Innen gerichtete Arbeit ist. Die Stärkung der hier lebenden BIPOC Menschen ist notwendig. Gleichzeitig braucht es eine reflexive rassismuskritische Bildungsarbeit mit der Dominanzgesellschaft. Das bedeutet, dass weiß positionierte Menschen an eigenen Ismen arbeiten und diese Reflexion in ihre praktische Arbeit einbringen müssen.

3. Wie schätzen Sie das Potenzial für eine rechte Mobilisierung im Jahr 2021 ein? Was bräuchten Sie, um dieser effektiv entgegenzuarbeiten?

Die Frage fokussiert sich zu sehr auf Rechte. Wir sollten den Fokus verstärkter auf die Empowerment Arbeit legen, um Antisemitismus- und Rassismus-erfahrene Menschen zu stärken und in ihrem Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus als Allies zu unterstützen.

5. AUSBLICK 2021

Das Jahr 2021 verspricht auf den ersten Blick nicht viel besser zu werden als das Jahr 2020. Die Verlängerungen des Lockdowns wird heiß diskutiert, das Pro und Contra abgewogen und Virolog*innen warnen vor zu frühen Lockerungen. Doch es gibt auch gute Nachrichten: Impfstoffe wurden entwickelt und die Impfungen sind bereits angelaufen. Und sonst?

Die »Querdenker*innen« rufen wieder zu Protesten auf und verbreiten Verschwörungsmythen über Covid19 und die Impfungen. Einige Redeführer*innen der Szene fühlen sich in ihrer Rolle pudelwohl. Sie knüpfen weiter Kontakte in die rechte Szene und weiten ihren Wirkungskreis somit aus. Es ist abzusehen, dass die Proteste auch im Jahr 2021 weiter beobachtet werden müssen.

Als weiteres wichtiges politisches Ereignis steht am 26. September 2021 die Bundestagswahl an. Hier bleibt abzuwarten, ob die »Alternative für Deutschland« ihre während der Kommunalwahl 2020 im Regierungsbezirk Köln erzielten niedrigen Stimmergebnisse wieder wettmachen wird.

Covid19 hat die Gesellschaft an einen Scheideweg gebracht. Aktuell wird verhandelt, welchen Weg die Gesellschaft einschlagen wird. Die durch die Pandemie offengelegten gesellschaftlichen Probleme können in den Folgejahren angegangen und sozio-ökonomischer Ungleichheit bewusster entgegengewirkt werden. Oder die Probleme können ignoriert, totgeschwiegen und beklatscht werden. Es besteht jetzt die Chance, das Gesundheitssystem zu verändern, Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte, der Kassierer*innen in den Supermärkten, der Angestellten im Bereich der Sozialen Arbeit, der Kitas und den Kindergärten ebenso zu verbessern, wie die Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie.

Covid19 hat deutlich gemacht, wozu die Gesellschaft und die Politik fähig sind. Das öffentliche Leben wurde runtergefahren, Schulen und Kindergärten, Museen und Theater, Restaurants sowie Geschäfte des Einzelhandels wurden über mehrere Wochen

geschlossen. Es wurde deutlich, dass vorher Undenkbare möglich ist – zum Beispiel wie gut Arbeit auch aus dem Homeoffice verrichtet werden kann.

Abschließend soll Ferdinand von Schirach zu Wort² kommen: »Wir können heute neu über unsere Gesellschaft entscheiden – nicht wie sie ist, sondern so, wie wir sie und wünschen. [...] und warum sollen wir nicht endlich ein für alle Mal festlegen, dass wirtschaftliche Interessen stets und an jedem Ort in dieser Welt hinter den universalen Menschenrechten zurücktreten müssen? Ist das naiv? Vielleicht. Aber wir haben gesehen, wozu unsere Länder in der Lage sind, wenn es darauf ankommt.«

² Von Schirach, Ferdinand / Kluge, Alexander (2020): *Trotzdem*. München: Luchterhand Literaturverlag, S. 74 f.

6. VERWEIS AUF WEITERE RECHERCHEQUELLEN

Im Folgenden werden einige aufschlussreiche Rechercheveröffentlichungen des Jahres 2020 und weitere interessante Veröffentlichungen rund um das Thema Verschwörungserzählungen genannt. Sie bieten die Möglichkeit, bestimmte Thematiken zu vertiefen oder sich einen besseren Überblick zu verschaffen.

■ Auf der Homepage der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus der Stadt Köln befindet sich unter der Rubrik »Vor-Ort-Berichte« eine umfassendere Auflistung der extrem rechten Aktivitäten im Jahr 2020 für den Regierungsbezirk Köln: www.mbr-koeln.de/vor-ort/

■ Unter den Teilnehmer*innen der Proteste gegen die Corona-Schutzverordnung finden sich auch immer wieder Anhänger*innen der »QAnon«-Verschwörung. Auch in Köln finden sich immer wieder Verweise auf »Q« oder Slogans wie »WWG1WGA« (»Where We Go One We Go All«). Was dahinter steckt, lässt sich in der am 03. November 2020 veröffentlichten Broschüre des »Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V.« unter dem Titel »QAnon: Eine weltweit verbreitete antisemitische Verschwörungsideologie mit historischen Wurzeln« nachlesen: https://jfda.de/wp-content/uploads/2020/11/QAnon_Informationsblatt.pdf

■ Auch die Amadeu Antonio Stiftung hat eine Broschüre zum Thema »QAnon in Deutschland« herausgebracht. Anfang Dezember kam somit die erste Ausgabe von »de:hate report« heraus, welche unter anderem die relevanten Kanäle und Gruppen in Bezug auf QAnon benennt und darstellt, wie eine Radikalisierung im Falle dieser Verschwörungsideologie aussehen kann. Weiter werden konkrete Handlungsempfehlungen für Politik, Medien, Sicherheitsbehörden und die Öffentlichkeit gegeben. Die neue Reihe soll regelmäßige Einblicke in die qualitative und quantitative Monitoringarbeit der Amadeu Antonio Stiftung geben:

<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2020/11/01-dehate-report-QAnon.pdf>

■ Im Oktober 2020 publizierte die Amadeu Antonio Stiftung die zweite aktualisierte Auflage der Broschüre »Wissen, was wirklich gespielt wird ... Krise, Corona und Verschwörungserzählungen«. Dieses Projekt von »No world Order« stellt sieben aktuell populäre Verschwörungserzählungen vor. Im nächsten Schritt werden die ihnen zugrundeliegenden Missverständnisse, Lügen und Desinformationen dargelegt. Anschließend wird ihnen mit Fakten begegnet. Insgesamt soll die Handreichung dabei unterstützen, die Verbreitung von Verschwörungserzählungen einzudämmen: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2020/05/wissen_was_wirklich_2.Auflage.pdf

■ Das gemeinnützige Recherchezentrum »CORRECTIV« veröffentlichte im Jahr 2020 seine Rechercheergebnisse zur rechtsextremen Szene und Instagram »Kein Filter für Rechts. Wie die rechte Szene Instagram benutzt, um junge Menschen zu rekrutieren«. Die Recherche besteht aus fünf verschiedenen Teilen: »Wie Tausende Rechte Instagrams Schwachstelle ausnutzen«, »Wie Rechte mit Instagram Geld verdienen«, »Die Hashtags, Emojis und Codes der rechten Szene auf Instagram«, »Die AfD und ihre Verbindungen zu Rechtsextremen« und »Rechte Memes: Moderne Propaganda auf Instagram«. Die vorgenommene Analyse von Tausenden Instagram-Accounts verdeutlicht, wie die rechte Szene auf der vermeintlich unpolitischen Plattform junge Menschen rekrutieren möchte. Dabei wird auch auf die Rolle von rechten Aktivistinnen eingegangen. Hier finden sich durch Reinhold Boßdorf und Lisa Heintzmann alias »Lisa Licentia« auch Bezüge zum Regierungsbezirk Köln: <https://correctiv.org/top-stories/2020/10/06/kein-filter-fuer-rechts-instagram-rechtsextremismus-frauen-der-rechten-szene/>

■ Eine weitere Recherche von »CORRECTIV« thematisiert den Querdenken-Moderator Nana Domena. Am 16. Oktober 2020 erschien der Artikel »Mein Freund, der Neonazi: Querdenken-Moderator pflegt seit Jahren Kontakt in die rechtsextreme Szene«. Die

Frage, wie rechtsoffen die »Querdenken«-Bewegung ist, wird anhand des Beispiels von Nana Domena beantwortet. Dieser repräsentiert »Querdenken« als Mitglied des »Querdenken«-Kernteams. Unter anderem wird seine Verbindung zu Frank Kraemer beleuchtet: <https://correctiv.org/faktencheck/hintergrund/2020/10/16/mein-freund-der-neonazi-querdenken-moderator-pflegt-seit-jahren-kontakt-in-die-rechtsextreme-szene/>

■ Die folgenden Recherchen entstanden in Kooperation von »netzpolitik.org« und »bento«. Der erste Artikel »Fritzfeed – Virale Propaganda« ging am 12. April online. Dieser befasst sich mit dem neuen rechten Jugendportal »Fritzfeed«. Dieses will rechte Szeneanhänger*innen rekrutieren und soll auf junge Menschen attraktiv wirken. Hier werden auf eine hippe Art und Weise rechte Positionen beworben. Die Macher*innen des Portals weisen Verbindungen zu AfD-Politikern und dem rechtsextremen Milieu auf: <https://netzpolitik.org/2020/fritzfeed-virale-propaganda-afd/>

Der zweite Artikel wurde am 21. April veröffentlicht. Er trägt den Titel »Fritzfeed – Das Versteckspiel der AfD«. Hier wird die Verstrickung der AfD NRW mit der sogenannten »Identitären Bewegung« anhand des neuen Medienangebots »Fritzfeed« aufgezeigt. Betreiber der Seite ist Christian Schäler, er arbeitet unter anderem für die AfD-Landtagsfraktion. Weiter wird Tim Beuter als Pressesprecher der AfD-Fraktion in NRW benannt, dieser war lange Zeit ein fester Bestandteil der IB-Ortsgruppe Köln:
<https://netzpolitik.org/2020/fritzfeed-das-versteckspiel-der-afd/>

■ Am 10. Mai 2020 wurde eine Recherche mit dem Titel »Die Verbindung der Identitären Bewegung Köln zur AfD und zur Kölner Burschenschaft Germania« veröffentlicht. Diese verdeutlicht, dass personelle Überschneidungen von der »Identitären Bewegung« und der AfD keinen Einzelfall darstellen. Zwar ist die »Identitäre Bewegung Köln« heute nicht mehr nennenswert aktiv, aber ihre Mitglieder sind es immer noch. Weiter werden auch personelle Verbindungen zur extrem rechten »Kölner Burschenschaft Germania« benannt. Die Recherche findet sich im Internet unter: <https://koeln.noblogs.org/>.

Bildunterschriften

Cover: © Roland Geisheimer, Attenzione

S. 4: Screenshot »Lukreta« bei Twitter. Abgerufen am 03.02.2021.

S. 5 (o): IB am Kölner Heumarkt am 22.08.2020, © ibs

S. 5 (u.): Screenshot Website »Citadelle e.V.«. Abgerufen am 03.02.2021.

S. 6 (o.): Screenshot YouTube-Video »Multikulti trifft Nationalismus«. Links: Frank Kraemer, rechts: Nana Domena. Abgerufen am 03.02.2021.

S. 6 (u.): Screenshot Website »Der dritte Blickwinkel«. Abgerufen am 02.02.2021.

S. 7: Screenshot Website »Kölner Burschenschaft Germania«. Abgerufen am 03.02.2021.

S. 8: Rassistische Mahnwache aus dem Umfeld des Begleitschutz Köln am 02.08.2019 am Kölner Hauptbahnhof, © KVfR

S. 10 (o.): Screenshot Website »Die Rechte Rhein Erft«. Abgerufen am 23.03.2021

S. 10 (u.): Screenshot Facebook »Aufbruch Leverkusen«. Post vom 09.11.2020. Abgerufen am 02.02.2021.

S. 12: Plakat der AfD Köln zur Kommunalwahl 2020.

S. 13: Screenshot YouTube-Video »Good Bye Lenin«. Abgerufen am 02.02.2021.

S. 14 (o.): Protest gegen Corona-Schutz-Maßnahmen am 20.09.2020 in Düsseldorf, © ibs

S. 14 (u.): Werbung für das extrem rechte Magazin »Compact« beim Protest gegen Corona-Schutz-Maßnahmen am 20.09.2020 in Düsseldorf, © ibs

S. 15 (o.): Protest gegen Corona-Schutz-Maßnahmen am 20.09.2020 in Düsseldorf, © ibs

S. 15 (u.): Teilnehmer einer »Coronaprotest«-Veranstaltung am 20.05.2020 vor dem Kölner Dom. Die Buchstaben WWG1WGA auf der Warnweste sind der antisemitischen QAnon-Verschwörungserzählung entlehnt und stehen für »Where We Go One We Go All«, © ibs

S. 16-20: Protest gegen Corona-Schutz-Maßnahmen am 20.09.2020 in Düsseldorf, © ibs

S. 21 Screenshot Website »Köln ist aktiv«. In der Mitte: Bianca Pfaffenholz. Abgerufen am 02.02.2021.

S. 26: Neonazistische Übergriffe auf das AZ Aachen im August 2020, © AZ Aachen

ibs

Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus
im NS-DOK der Stadt Köln



NSDOK

NS-Dokumentationszentrum
der Stadt Köln

Ein Museum der



demokratie leben!

Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

Impressum

Extrem rechte Aktivitäten 2020

im Regierungsbezirk Köln

Köln 2021

Herausgeberin:

NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln
Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus
Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus
im Regierungsbezirk Köln
Appellhofplatz 23 – 25 | 50667 Köln
Tel.: 0221 - 221 27963
E-Mail: ibs@stadt-koeln.de
www.mbr-koeln.de

Text: Rose Heuruf

Grafik: Georg Bungarten, Köln

Bildrechte: © ibs